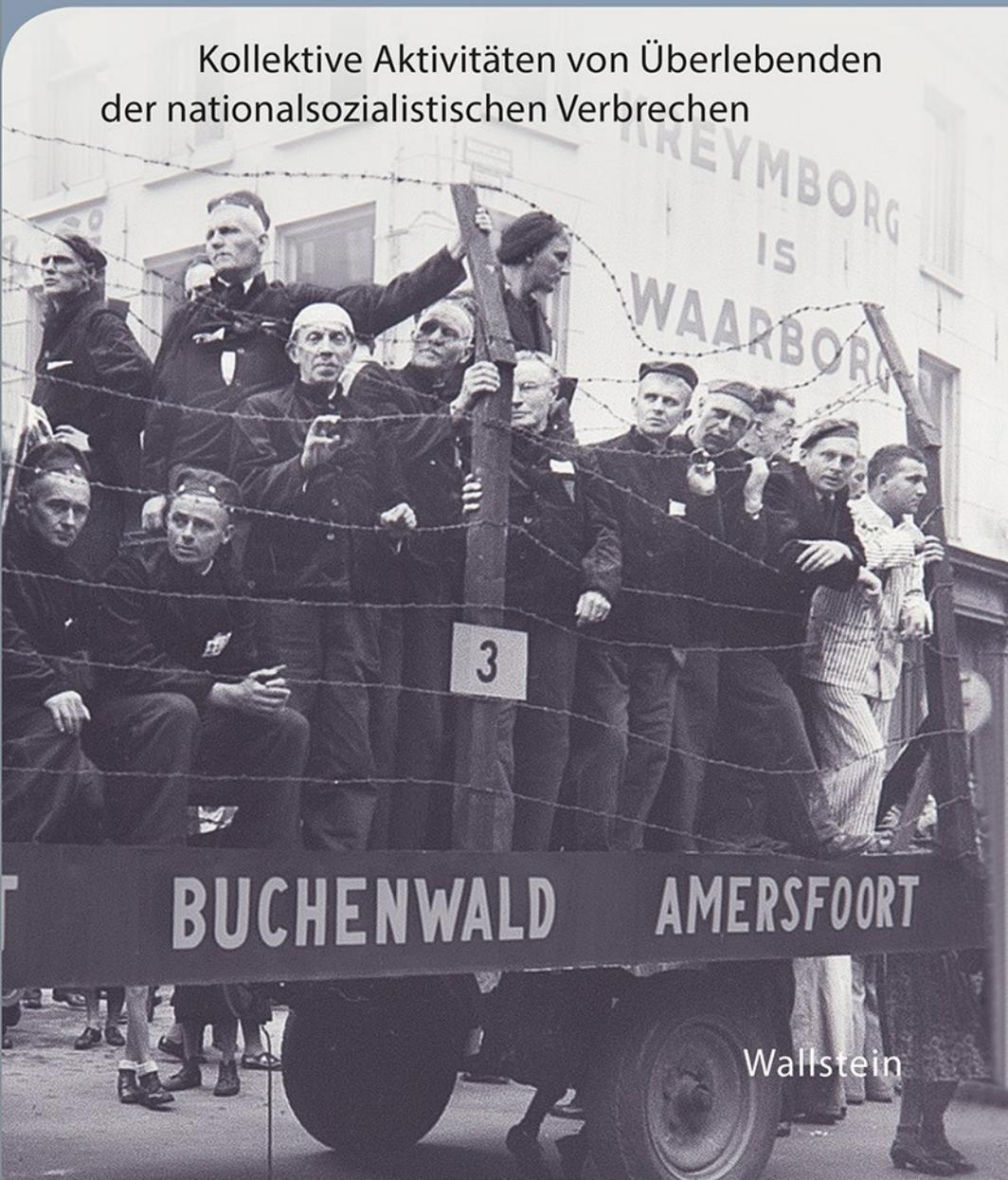


Herausgegeben von  
Philipp Neumann-Thein /  
Daniel Schuch / Markus Wegewitz

# Organisiertes Gedächtnis

Kollektive Aktivitäten von Überlebenden  
der nationalsozialistischen Verbrechen



Wallstein

Organisiertes Gedächtnis  
Kollektive Aktivitäten von Überlebenden  
der nationalsozialistischen Verbrechen

BUCHENWALD UND MITTELBAU-DORA  
FORSCHUNGEN UND REFLEXIONEN

BAND 3

# Organisiertes Gedächtnis

*Kollektive Aktivitäten von Überlebenden  
der nationalsozialistischen Verbrechen*

Herausgegeben von  
Philipp Neumann-Thein,  
Daniel Schuch und Markus Wegewitz



WALLSTEIN VERLAG

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien  
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie von  
der Thüringer Staatskanzlei.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2022  
[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond  
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Foto: Überlebende der Konzentrationslager auf der Befreiungsparade  
in Amsterdam, 28. Juni 1945. Universiteitsbibliotheek Leiden,  
Fotosammlung / PK-F-A.02176

ISBN (Print) 978-3-8353-5161-5  
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4838-7

# Inhalt

PHILIPP NEUMANN-THEIN/DANIEL SCHUCH/  
MARKUS WEGEWITZ  
Kollektive Aktivitäten von Überlebenden der nationalsozialistischen  
Verbrechen als Feld der historischen Forschung. Eine Einleitung . . . . . 9

## I. In den Nachfolgesellschaften des Nationalsozialismus

JASCHA MÄRZ  
VVN, ZDWV und AvS. Die Verbände der politischen Opfer des  
Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland . . . . . 39

STEPHANIE BOHRA  
Das westdeutsche Sachsenhausen-Komitee und  
die Strafverfolgung der KZ-Täter . . . . . 78

HENNING FISCHER  
»Unvergessliche Namen«. Die Lagergemeinschaften Ravensbrück  
in DDR und BRD: Biografische Erfahrung im Kampf  
um die Erinnerung . . . . . 101

HELGA AMESBERGER/BRIGITTE HALBMAYR  
Die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück. Trägerin  
einer feministischen Erinnerungspolitik? . . . . . 134

## II. Widerstandsgedächtnisse

MARKUS WEGEWITZ  
»Der Zwang brachte uns zusammen, frei sind wir vereint geblieben«.  
Der Vriendenkring van Oud-Natzweilers und die Gemeinschaft  
der niederländischen Nacht-und-Nebel-Gefangenen . . . . . 165

HENNING FAUSER  
Gegenseitige Hilfe und politische Grabenkämpfe.  
Zur Entstehung des »Mouvement Déporté« in Frankreich (1945-1955) . . 193

JOHANNES MEERWALD

Die Federación Española de Deportados e Internados Políticos.  
Antifranquismus und Solidarität im Exil . . . . . 223

ZOFIA WÓYCICKA

Von »unglücklichen Opfern der Lager« zu »besten Söhnen des Vaterlands«.  
Das veränderte Bild ehemaliger Häftlinge der Konzentrationslager und  
die Stalinisierung der polnischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg . . 253

ALEXANDER FRIEDMAN

»Wir sind andere Deutsche geworden«. Das Sowjetische Komitee  
der Kriegsveteranen und dessen Rezeption in der DDR-Presse. . . . . 283

ELLA FALLDORF

»Ihr Werk ist gerade aus ihrem selbst erlebten Leiden heraus entstanden.«  
Lagerbilder französischer Kommunisten im KZ Buchenwald und der  
frühen Nachkriegszeit . . . . . 305

### III. Nach Shoah und Porajmos

RONALD HIRTE

Kibbuzim als Überlebendenorganisationen in Israel.  
Das Beispiel Kibbuz Buchenwald . . . . . 343

JANINE DOERRY

Zur Pluralität der Überlebendenverbände des Konzentrationslagers  
Bergen-Belsen. . . . . 369

SEBASTIAN MUSCH

Verflechtungen einer »Liquidationsgemeinde« zwischen Israel und  
Deutschland. Zvi Asaria und der Wiederaufbau der jüdischen Gemeinde  
zu Köln in der frühen Bundesrepublik . . . . . 400

DANIELA GRESS

Nachgeholte Anerkennung. Sinti und Roma als Akteure  
in der bundesdeutschen Erinnerungskultur . . . . . 425

## IV. Internationale Organisationen

PHILIPP NEUMANN-THEIN

KZ-Erfahrung und Geschichtspolitik. Zur Entwicklung und Bedeutung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos bis Mitte der 1990er Jahre . . . . . 461

SUSAN HOGERVORST UND MARKUS WEGEWITZ

Das Internationale Ravensbrück-Komitee und nationale Erinnerungskulturen . . . . . 496

KATHARINA STENGEL

Das Internationale Auschwitz-Komitee in den 1950er und 1960er Jahren. Aktivismus zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft . . . . . 522

MAXIMILIAN BECKER

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer im Kalten Krieg . . . . . 544

JULIA KUBASIAK

»Wir, die politischen Gefangenen, Internierten und Deportierten [...] sind nicht die zweite und zehnte Garnitur unserer Revolution.« Jugoslawische Lagerüberlebende im Spannungsfeld des (inter-)nationalen Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg . . . . . 584

## Anhang

Abkürzungsverzeichnis . . . . . 615

Abbildungsverzeichnis . . . . . 623

Autor:innen des Bandes . . . . . 627

Register . . . . . 631



# Kollektive Aktivitäten von Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen als Feld der historischen Forschung

## *Eine Einleitung*

PHILIPP NEUMANN-THEIN / DANIEL SCHUCH /  
MARKUS WEGEWITZ

Am 28. Juni 1945 begannen in Amsterdam die dreitägigen Feierlichkeiten zur Befreiung der Stadt von der deutschen Besatzung. In den Wochen nach Kriegsende war dies in den gesamten Niederlanden und besonders im nördlichen Teil des Landes üblich, den alliierten Truppen erst im Frühjahr 1945 befreit hatten. Auch in Amsterdam hatte es bereits am 10. Mai eine große Versammlung auf dem zentralen Platz der Stadt gegeben, mit Ansprachen von Premierminister Pieter Gerbrandij (1885-1961) und lokalen Honoratioren sowie den Kommandeuren der alliierten Streitkräfte.

Nach wochenlanger Planung durch ein städtisches Organisationskomitee schloss sich daran Ende Juni eine aufwändige Parade an. Mit zahlreichen Pferdewagen und Formationen wurden dabei typische Ereignisse der Kriegszeit nachgestellt. Dies umfasste einzelne Aktionen des Widerstands wie den Streik der niederländischen Eisenbahner im Februar 1941, die Suche nach untergetauchten Niederländern durch die deutschen Behörden oder den Hunger im letzten Kriegsjahr. Manche der Amsterdamer Bürger präsentierten sich auch in den Uniformen niederländischer Kollaborateure oder mimten auf ihrem Wagen deutsche Soldaten bei einer Razzia.<sup>1</sup> Ebenso gab es Darstellungen zu anderen Epochen in der Geschichte der Niederlande, wie dem Achtzigjährigen Krieg und der französischen Besatzungsherrschaft, die die Ereignisse im Zweiten Weltkrieg in längere Linien des Kampfes um nationale Souveränität einordneten. Höhepunkt der Parade war deren Abnahme durch Königin Wilhelmina, die jüngst mit ihrer Regierung aus dem Exil in Großbritannien zurückgekehrt war.<sup>2</sup>

In der Parade präsentierten sich auf zwei Wagen auch ehemalige Gefangene der deutschen Konzentrationslager den Zuschauer:innen. Die Aufnahme der

1 Vgl. Netwerk Oorlogsbronnen: Het verhaal achter de praalwagens. De vroege herinneringscultuur verbeeld: Oorlogsbron uitgelicht, <https://www.tweedewereldoorlog.nl/onderzoekuitgelicht/tussen-feit-en-fictie/het-verhaal-achter-de-praalwagens/> (12. 2. 2022).

2 Vgl. Amsterdam viert Bevrijding. Koningin bezoekt de stad, in: Het Vrije Volk. Democratisch-socialistisch dagblad, 29. 6. 1945, S. 1.

niederländischen Pressefotografin Emmy Andriess (Abb. 1) zeigt einen dieser Wagen, mit denen sich Überlebende der nationalsozialistischen Verbrechen in die Feierlichkeiten einbrachten.<sup>3</sup> Dieses Foto dokumentiert exemplarisch deren frühe kollektive Aktivitäten in den Niederlanden und vermittelt einen Eindruck, wie vielfältig und aus heutiger Sicht oft überraschend das Spektrum dieser Aktivitäten gerade in der unmittelbaren Zeit nach der Befreiung war.<sup>4</sup> Auf dem Bild ist zu sehen, dass auf einem der Wagen hinter der Kulisse eines Stacheldrahtzauns zahlreiche Männer in Häftlingsuniformen aus Konzentrationslagern standen, während sie durch die Stadt gefahren wurden. Die roten Winkel machten sie als ehemalige politische Gefangene erkennbar. Beschriftet war der Wagen mit der Aufschrift »Vught, Buchenwald, Amersfoort«. Diese Namen weisen auf drei deutsche Konzentrationslager, in die während des Nationalsozialismus viele der nichtjüdischen Gefangenen aus den Niederlanden verschleppt worden waren. Die zahlreichen Hände, die den Stacheldraht der Kulisse berührten, erinnern an die Bildsprache in der Berichterstattung der alliierten Armeen bei der Befreiung der Lager, etwa an das ikonische Foto »The Living Dead of Buchenwald« von Margaret Bourke-White.<sup>5</sup> Das Bild der Parade in Amsterdam weist auch Referenzen zu anderen Fotos aus den befreiten Lagern auf: Beispielsweise beugten sich einige der abgebildeten Männer locker über den Stacheldraht oder umgriffen ihn mit ihren Händen. Andere Elemente im Foto markieren die Distanz zu den befreiten Lagern, wie etwa die gesäuberte Kleidung der ehemaligen Häftlinge. Im Augenblick der Aufnahme fuhr der Wagen zudem an einer Häuserfassade vorbei, die den Werbeslogan eines Modegeschäfts trug (»Kreymborg ist eine Garantie«). Im Foto entstand so ein zusätzlicher Kontrast zwischen den Überlebenden und dem städtischen Alltagsleben.

Die selbst gewählte, aktive und offensive Reinszenierung der Überlebenden als Gruppe hinter Stacheldraht mag in mehrfacher Hinsicht heutige Sehgewohnheiten irritieren. So werden Überlebende des Nationalsozialismus oft und gerade in der audiovisuellen Medienwelt des 21. Jahrhunderts vor allem als individualisierte Opfer wahrgenommen. Diesem Bild laufen Selbstdarstellun-

3 Zur Fotografin vgl. Hripsimé, Visser (1994): Andriess, Emmy Eugenie (1914-1953), in: Biografisch Woordenboek van Nederland, Den Haag, <https://resources.huygens.knaw.nl/bwn1880-2000/lemmata/bwn4/andriess> (12. 2. 2022).

4 Dadurch erschien das Foto den Herausgebern auch besonders geeignet für das Cover des vorliegenden Bandes, auf dem ein grafisch bearbeiteter Ausschnitt verwendet wird.

5 Vgl. Loewy, Ronny (2005): Atrocity Pictures. Alliierte Filmaufnahmen aus den befreiten Konzentrationslagern, in: Roß, Heiner (Hrsg.): Lernen Sie diskutieren! Re-education durch Film: Strategien der westlichen Alliierten nach 1945, Berlin, S. 89-96, hier S. 91-94; Brink, Cornelia (1998): Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945, Freiburg im Breisgau, S. 233. Das Foto »The Living Dead of Buchenwald« ist Teil der Onlineausstellung »Schwarz auf Weiß. Fotografien aus dem Konzentrationslager Buchenwald 1937-1945«, <https://schwarzaufweiss.buchenwald.de/Die-Befreiten.html> (12. 2. 2022).



*Abb. 1: Überlebende der Konzentrationslager auf der Befreiungsparade in Amsterdam, 28. Juni 1945.*

gen wie die 1945 in Amsterdam entgegen. In der Kriegsend- und Nachkriegszeit waren Stacheldrahtzaun, Häftlingskleidung und die durch die Bedingungen der Konzentrationslager gezeichneten Körper aber Attribute der Gefangenschaft, die Überlebende gezielt einsetzten.<sup>6</sup> Insbesondere versuchten sie mit entsprechenden Inszenierungen ihre Erfahrungen öffentlichkeitswirksam zu vermitteln und zu beglaubigen, gerade gegenüber einer Mehrheitsbevölkerung, die die deutschen Konzentrationslager selbst nicht durchlitten hatte. Dabei ging es neben dem Versuch einer authentischen Vermittlung bis dahin kaum vorstellbarer Lebens-, Arbeits-, Leidens- und Todesumstände oft auch um die eigene gesellschaftliche und politische Profilierung und Positionierung in der jeweiligen Nachkriegsgesellschaft – durchaus in Abgrenzung und Konkurrenz zu anderen Gruppen von Verfolgten und Widerstandskämpfer:innen. Motive

<sup>6</sup> Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit war Stacheldraht ein zentrales Motiv der künstlerischen Repräsentation der Konzentrationslager und des Holocaust, vgl. Amishai-Maisels, Ziva (1993): *Depiction and Interpretation. The Influence of the Holocaust on the Visual Arts*, Oxford/New York/Seoul/Tokyo, S. 131-134.

der Beglaubigung der eigenen Erfahrungen und die Angst, unglaublich zu erscheinen, durchziehen nicht zuletzt zahlreiche schriftliche Zeugnisse von Überlebenden.<sup>7</sup>

Analytisch können öffentliche Reinszenierungen von Erfahrungen der Konzentrationslager, wie sie der Paradewagen in Amsterdam zeigte, als Reenactment gefasst werden. Sie sind »Praktiken, Strategien und Techniken, die alle auf das Nachspielen, Wiederholen, Rekonstruieren oder Reaktualisieren vergangener Ereignisse abzielen.«<sup>8</sup> Die Kunsthistorikerin Rachel Perry analysiert Reenactments von Überlebenden des Nationalsozialismus als »living memorials«, die eine emanzipatorische, partizipative und performative Intervention im öffentlichen Diskurs darstell(t)en.<sup>9</sup>

Vergleichbare Formen des Reenactment als Veranschaulichung und Authentifizierung fanden bereits in den befreiten Konzentrationslagern statt. Ehemalige Gefangene versuchten dort beispielsweise für internationale wie auch deutsche Delegationen die Lebens- und Todesumstände, wie das Ausbeutungs-, Folter- und Strafreime der SS nachzustellen.<sup>10</sup> In den ersten Monaten nach der Befreiung ergriffen viele Überlebende derartige Initiativen. Die ersten Ausstellungen über die Konzentrationslager dokumentierten diese symbolische Praxis in zahlreichen Fotos.<sup>11</sup> Wie das Foto der Inszenierung auf dem Paradewagen in Amsterdam, erschließen sich solche Bildzeugnisse heutigen Betrachter:innen nicht auf Anhieb – auch weil aktive Interventionen nicht Teil der kanonischen Erinnerung an die Befreiung der Konzentrationslager geworden sind, die in ihrer medialen Repräsentation vor allem durch Bilder der Leichenberge und traumatisierten Opfer geprägt ist.<sup>12</sup>

Seit der Befreiung vollzogen sich Deutungen der Geschichte des Überlebens zunächst vor allem im Rahmen nationaler Geschichtserzählungen und unterschieden dabei männliche und weibliche Rollen.<sup>13</sup> Die Anforderungen und Erwartung an die Überlebenden bei der Gestaltung des historischen Bildes, das in der Öffentlichkeit präsentiert werden sollte, privilegierten in den Niederlanden wie in anderen Nachkriegsgesellschaften in Europa das Bild

7 Vgl. beispielsweise Levi, Primo (2018): Vorwort, in: Die Untergegangenen und die Geretteten, 2. Aufl., München, S. 7-18, hier S. 7f.; Kogon, Eugen (1946): Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München, S. vi.

8 Tomann, Juliane (2021): Einleitung, in: Stach, Sabine/Dies. (Hrsg.): Historisches Reenactment. Disziplinäre Perspektiven auf ein dynamisches Forschungsfeld, Berlin, S. 1-26, hier S. 1.

9 Perry, Rachel E. (2020): The Holocaust Is Present. Reenacting the Holocaust, Then and Now, in: Holocaust Studies 26 (2), S. 152-180, hier S. 168-173.

10 Vgl. Perry (2020), S. 159-163.

11 Schmidl, Martin (2010): Postwar Exhibition Design. Displaying Dachau, Köln, S. 118.

12 Perry (2020), S. 173.

13 Zusätzlich zum Wagen mit Männern fuhr in Amsterdam in der Formation ein zweiter Wagen mit der Tafel »Vught, Dachau, Ravensbrück«, auf dem sich ausschließlich weibliche Überlebende befanden.

des gefangenen Widerstandskämpfers. Gerade ehemalige politische Häftlinge betonten bei der öffentlichen Thematisierung ihrer Lagererfahrungen Aspekte wie den organisierten Widerstand und die Solidarität unter den Gefangenen verschiedener Nationalitäten und politischer Überzeugungen. Als Kämpfer gegen den Nationalsozialismus leiteten sie daraus ihren Mitgestaltungsanspruch in den Nachkriegsgesellschaften ab.<sup>14</sup> Kaum einen Platz bekamen in dieser Inszenierung dagegen die Millionen Opfer der Shoah und des Porajmos, auch weil sich die antisemitisch und rassistisch motivierten NS-Verbrechen zunächst den national gerahmten Sinngebungen entzogen.<sup>15</sup> So war auch kein Wagen mit den Namen von Vernichtungslagern wie Auschwitz-Birkenau, Treblinka, oder Sobibor, Teil der Parade in Amsterdam.

### Das »organisierte Gedächtnis« der Überlebenden

Dabei waren und sind die Wege, die Überlebende im Umgang mit ihren Erfahrungen fanden, sehr unterschiedlich. Wie könnte es auch anders sein, teilten sie doch an erster Stelle den Umstand, Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen gewesen zu sein, die in ihrem Umfang und Anspruch Millionen Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Vorstellungswelten, sozialen Hintergründen und nationalen Zugehörigkeiten getroffen hatten. Dementsprechend mannigfaltig, aber nicht beliebig, waren die Versuche, gemeinsame Antworten auf die vielfach gebrochenen Erfahrungen der Verfolgung zu finden.

Bei den organisierten Aktivitäten von Überlebenden sind unterschiedliche Konjunkturen zu verzeichnen. Verwiesen sei hier auf die soziale Fürsorge für die Opfer des Nationalsozialismus im befreiten Deutschland und Österreich in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre und die Beteiligung an den ersten Gerichts-

14 Siehe die Formulierung dieses Anspruchs z. B. im »Schwur von Buchenwald« vom 19. April 1945, im »Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald« vom April 1945 oder dem Schwur von Mauthausen. Vgl. Knigge, Volkhard et al. (2016) (Hrsg.): Buchenwald. Ausgrenzung und Gewalt 1937 bis 1945. Begleitband zur Dauerausstellung in der Gedenkstätte Buchenwald, Göttingen, S. 190; Overesch, Manfred (1992): Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn, S. 329-336; Uhl, Heidemarie (2012): Vom Pathos des Widerstands zur Aura des Authentischen. Die Entdeckung des Zeitzeugen als Epochenschwelle der Erinnerung, in: Sabrow, Martin/Frei, Norbert (Hrsg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen, S. 224-246, hier S. 228 f.

15 »[T]he Holocaust had to wait to occupy historical and moral consciousness in all nations, no matter their exact relation to the events themselves«, hat Samuel Moyn diese verzögerte Wahrnehmung einmal auf den Punkt gebracht, vgl. Ders. (2010): In the Aftermath of Camps, in: Biess, Frank/Moeller, Robert G. (Hrsg.): Histories of the Aftermath. The Legacies of the Second World War in Europe, New York, S. 49-64, hier S. 50.

verfahren gegen nationalsozialistische Täter:innen in den ehemals besetzten Ländern. Zusammenschlüsse von Überlebenden waren zudem treibende Kräfte hinter vielen der wichtigsten Dokumentationsprojekte der NS-Verbrechen in Deutschland, Frankreich, Polen und anderen Ländern.<sup>16</sup> Sie waren an zentralen medialen Debatten beteiligt, wie zum Eichmann-Prozess 1961, zur Kontroverse um das Buch über den Aufstand in Treblinka von Jean-François Steiner in Frankreich 1966<sup>17</sup> oder zur Ermittlungsarbeit der Commission internationale contre le Régime concentrationnaire (Internationale Kommission gegen das KZ-Regime, CICRC) unter Leitung des Buchenwald-Überlebenden David Rousset in den 1950er Jahren.<sup>18</sup> Sie wirkten an der Einrichtung von Gedenkstätten an den Orten ehemaliger Vernichtungslager der Shoah im Polen der 1940er bis 1960er Jahre ebenso mit, wie an den Orten ehemaliger Konzentrationslager in Österreich, Ost- und Westdeutschland.<sup>19</sup> Trotz dieser Vielzahl an politischen Aktivitäten und Verflechtungen haben die Organisationen der Überlebenden – im Gegensatz zu Individuen, ihren Werken, Erinnerungen<sup>20</sup> sowie der

- 16 Siehe beispielsweise die Aktivitäten der jüdischen Historischen Kommissionen: Jockusch, Laura (2012): *Collect and Record! Jewish Holocaust Documentation in Early Postwar Europe*, Oxford; oder speziell zu Frankreich: Wieviorka, Annette (2019): Vorwort, in: Poliakov, Léon: *St. Petersburg – Berlin – Paris. Memoiren eines Davongekommenen*, Berlin, S. 7-14, hier S. 8-10; sowie zu den USA: Gallas, Elisabeth (2016): *Frühe Holocaustforschung in Amerika: Dokumentation, Zeugenschaft und Begriffsbildung*, in: Gross, Raphael (Hrsg.): *Jahrbuch des Dubnow-Instituts*, Bd. 15, Göttingen, S. 535-569.
- 17 Moyn, Samuel (2005): *A Holocaust Controversy. The Treblinka Affair in Postwar France*, Hanover, S. 10 f.
- 18 Vgl. Kuby, Emma (2019): *Political Survivors. The Resistance, the Cold War, and the Fight Against Concentration Camps After 1945*, Ithaca, S. 12-16. Das bereits 1946 auf Französisch erschienene Buch »L'univers concentrationnaire« des Widerstandskämpfers und ehemaligen Buchenwald-Häftlings David Rousset war in Deutschland lange kaum rezipiert worden, vgl. Meyer, Ahlrich (2020): *Die Schwelle des Zeugnisses überschritten. David Roussets L'Univers concentrationnaire liegt endlich auf Deutsch vor*, in: *Sozial.Geschichte Online* 27, S. 207-216, hier S. 207; sowie Rousset, David (2020): *Das KZ-Universum*, Berlin.
- 19 Vgl. Wilson, Hannah (2019): *Sobibór Death Camp. Awareness, Memorialisation and Re-Conceptualization*, in: *Holocaust Studies* 25 (3), 2019, S. 400-421, hier S. 405-417; Wóycicka, Zofia (2014): *Arrested Mourning. Memory of the Nazi Camps in Poland, 1944-1950*, Frankfurt am Main, S. 169-191.
- 20 Vgl. exemplarisch die spätestens seit den 1990er Jahren kanonisch rezipierten autobiografischen Schriften von Jean Améry, Elie Wiesel, oder Ruth Klüger, siehe dazu: Bock, Dennis (2017): *Leseerwartungen in der Holocaust-Literatur. Ein Blick auf die Entwicklung einer Textart und ihre Tendenzen seit 1989*, in: Díaz Pérez, Olivia C./Gutjahr, Ortrud/Renner, Rolf G./Siguan, Marisa (Hrsg.): *Deutsche Gegenwart in Literatur und Film. Tendenzen nach 1989 in exemplarischen Analysen*, Tübingen, S. 259-275; Reemtsma, Jan Philipp (1997): *Die Memoiren Überlebender. Eine Literaturgattung des 20. Jahrhunderts*, in: *Mittelweg* 36 6 (4), S. 20-39.

Geschichte einzelner Gedenkort<sup>21</sup> – in der langen Nachgeschichte des Nationalsozialismus bisher noch vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit erfahren.<sup>22</sup>

Dieser Sammelband adressiert dieses Defizit. Er geht zurück auf den Workshop »Organisiertes Gedächtnis. Ehemalige Häftlinge der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager und ihre (trans-)nationalen Verbände« der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und des Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 8. und 9. Juni 2016 in der Gedenkstätte Buchenwald. Sechs der hier abgedruckten neunzehn Texte entstanden im Zusammenhang mit diesem Workshop. Erweitert durch Beiträge aus der internationalen historischen Forschung soll der vorliegende Band einen schlaglichtartigen Überblick zu den kollektiven Aktivitäten von Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik geben.

- 21 Im Fokus der Forschung standen vor allem die größten Gedenkstätten für die Konzentrations- und Vernichtungslager, vgl. insbesondere Knigge, Volkhard (1997): Opfer, Tat, Aufstieg. Vom Konzentrationslager Buchenwald zur Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR, in: Ders./Pietsch, Jürgen M./Seidel, Thomas A. (Hrsg.): Versteinerntes Gedenken. Das Buchenwalder Mahnmal von 1958, Bd. 1, Spröda, S. 5-94; Wagner, Jens-Christian (2001): Das Verschwinden der Lager. Mittelbau-Dora und seine Außenlager im deutsch-deutschen Grenzbereich nach 1945, in: Knoch, Hanno (Hrsg.): Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945, Göttingen, S. 171-190; Perz, Bertrand (2006): Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. 1945 bis zur Gegenwart, Innsbruck; Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V. (2008) (Hrsg.): »... das war ja kein Spaziergang im Sommer!« Die Geschichte eines Überlebendenverbandes, Hamburg, S. 121-174; Marcuse, Harold (2014): Die Organisationen der Überlebenden von Dachau. Ein Abriss der Entwicklung von der Befreiung des Konzentrationslagers bis Anfang der 1970er Jahre, in: Doerry, Janine/Kubetzky, Thomas/Seybold, Katja (Hrsg.): Das soziale Gedächtnis und die Gemeinschaften der Überlebenden. Bergen-Belsen in vergleichender Perspektive, Göttingen, S. 159-174; Hansen, Imke (2015): »Nie wieder Auschwitz!« Die Entstehung eines Symbols und der Alltag einer Gedenkstätte 1945-1955, Göttingen, S. 79-83. Für einen allgemeineren Überblick siehe: Siebeck, Cornelia (2011): »Im Raume lesen wir die Zeit?« Zum komplexen Verhältnis von Geschichte, Ort und Gedächtnis (nicht nur) in KZ-Gedenkstätten, in: Klei, Alexandra/Stoll, Katrin/Wienert, Annika (Hrsg.): Die Transformation der Lager. Annäherungen an die Orte nationalsozialistischer Verbrechen, Bielefeld, S. 69-98.
- 22 Bisher existieren zum Thema nur wenige systematische Studien, die zumeist nationale Kontexte in den Blick nehmen. Vgl. für die Niederlande: Withuis, Jolande (2005): Na het kamp. Vriendschap en politieke strijd, Amsterdam; für Italien: Maida, Bruno (2014): Il mestiere della memoria. Storia dell'Associazione nazionale ex deportati politici, 1945-2010, Verona; für Frankreich: Dreyfus, Jean-Marc (2005): »Ami, si tu tombes ...«. Les déportés résistants, des camps au souvenir, 1945-2005, Paris; vergleichend für Belgien, Frankreich und die Niederlande: Lagrou, Pieter (2001): The Legacy of Nazi Occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945-1965, Cambridge; und für die Verbände in Tschechien und der Slowakei: Kutter Bubnová, Václava (2014): Die NS-Opferverbände und die Opferdiskurse seit 1993 in der Tschechischen Republik und in der Slowakei, Dissertation, Ludwig-Maximilians-Universität München.

Für Menschen mit Verfolgungserfahrungen im Nationalsozialismus kennt die Zeit nach der Befreiung eine Fülle von Begriffen: Opfer, ehemaliger Häftling, anciens déportés, KZler, Konzentrationär, Widerstandskämpfer bzw. Résistant, Zeug:in, Partisan, Veteran, Displaced Person, Inhaftierter, Übriggebliebener oder Geretteter stehen in einem Spannungsfeld zwischen Aktivität und Passivität, Vorannahmen über Handlungsspielräume, verschiedenen Legitimitätskonstruktionen, Selbst- und Fremdzuschreibungen. Sie sind Prägungen, beeinflusst von Geschlechterrollen, nationalen und ideologischen Aufladungen.<sup>23</sup> In vielen Nachkriegsgesellschaften wurden jüdische Überlebende samt ihren Organisationen in unspezifischen Kategorien wie »Opfer des Faschismus« oder »ehemalige Deportierte« Teil einer Gemeinschaft, in der die besonderen Umstände ihrer Verfolgung kaum eine Rolle spielten.<sup>24</sup> In Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Italien passten die Organisationen der Überlebenden nach 1944 die Darstellung ihrer Erfahrungen patriotischen und heroischen Motiven eines geschlossenen Widerstands gegen die deutsche Fremdherrschaft an. Problematische Fragen wie nach Kollaboration und Kompromittierung blieben dort, wie später auch in anderen Ländern, weitgehend unausgesprochen.<sup>25</sup> Unter den Umständen des Kalten Krieges formierten sich nicht nur in den beiden deutschen Staaten Überlebende, die politische Handlungsfähigkeit über die Zuordnung zum kommunistischen oder antikommunistischen Lager erlangten.

Mit der konzeptionellen Präferenz für die plurale und transnationale Semantik der Überlebenden<sup>26</sup> versucht der vorliegende Band vor allem die Verbindung zwischen gemeinsamen Erfahrungen in der NS-Verfolgung – bis hin

23 Zum Verhältnis von Gender und Gedächtnis siehe insbesondere die Beiträge in: Eschebach, Insa/Jacobeit, Sigrid/Wenk, Silke (2002) (Hrsg.): *Gedächtnis und Geschlecht. Deutungsmuster in Darstellungen des nationalsozialistischen Genozids*, Frankfurt am Main; und Mühlhäuser, Regina (2020): *Verschwiegen und allgegenwärtig. Sexuelle Gewalt im Zweiten Weltkrieg zwischen individueller Erinnerung und nationaler Vergangenheitspolitik*, in: Frank, Petra/Arend, Sabine (Hrsg.): *Ravensbrück denken. Gedenk- und Erinnerungskultur im Spannungsfeld von Gegenwart und Zukunft: Festschrift zum Abschied von Insa Eschebach als Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück*, Berlin, S. 61-73.

24 Vgl. Dejnega, Melanie (2014): *Von »Opfern« und anderen Überlebenden. Anerkennung der Verfolgungserfahrung und ihre Bedeutung für Überlebensgeschichten*, in: Hansen, Imke/Heitzer, Enrico/Nowak, Katarzyna (Hrsg.): *Ereignis & Gedächtnis. Neue Perspektiven auf die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Berlin, S. 85-105.

25 Vgl. Lagrou (2001), S. 301-306.

26 Vgl. zur Begriffsgeschichte für die Überlebenden der Shoah: Bothe, Alina/Nesselrodt, Markus (2016): *Survivor. Towards a Conceptual History*, in: *The Leo Baeck Institute Year Book 61* (1), S. 57-82, hier S. 58. Der (semantische) Übergang von Opfern zu Überlebenden lässt sich bereits auf die frühe Nachkriegszeit datieren vgl. Taft, Margaret (2013): *From Victim to Survivor. The Emergence and Development of the Holocaust Witness 1941-1949*, London.

zu dabei fort- bzw. neuentstehenden Personennetzwerken – und kollektiven Aktivitäten nach der Befreiung zu betonen, die in den Organisationen der Überlebenden vielfältig aufeinander bezogen blieben.<sup>27</sup> Konzeptionell kann man diese Verbindung zwischen den Zeitschichten vor und nach der Befreiung als unauflöslich fassen, wie es Falko Schmieder vorschlägt.<sup>28</sup> Die Zwänge, die sich daraus für die Überlebenden ergaben, reflektierten sie selbst als Entfremdung und Distanz von den Gesellschaften, in denen sie nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft oftmals zusammen mit ihren einstigen Verfolgern leben mussten.<sup>29</sup>

Die Konzeption des Bandes knüpft mit der Betonung der politischen Handlungsfähigkeit zudem an neuere Forschungen an, die in den letzten Jahren zu einzelnen Überlebendenorganisationen entstanden sind.<sup>30</sup> Gleichzeitig sollen die Positionierung zu und Interaktion mit den sich wandelnden gesellschaftlichen Rollen Beachtung finden, die den Überlebenden in den Nachkriegsgesellschaften zugeschrieben worden sind. Eine der häufigsten Erwartungshaltungen, die ihnen verstärkt seit den 1980er Jahren begegnete, ist die des individuellen Zeitzeugen. Diese Rolle war und ist eng mit der historischen Entwicklung der Medienkonsumgesellschaft und einer globalisierten Erinnerung an die Shoah verbunden.<sup>31</sup> Auch deswegen gilt es, die Figur der Zeitzeug:innen weiter zu historisieren. Zwar organisierten sich insbesondere als Jüdinnen und Juden Verfolgte bereits in der frühen Nachkriegszeit, um Berichte ihrer Erfahrungen der nationalsozialistischen Verfolgung zu dokumentieren.<sup>32</sup> Die Rolle dieser

27 Vgl. Fischer, Henning (2018): *Überlebende als Akteurinnen. Die Frauen der Lagergemeinschaften Ravensbrück. Biografische Erfahrung und politisches Handeln, 1945 bis 1989*, Konstanz, S. 72.

28 Vgl. Schmieder, Falko (2011): *Überleben – Geschichte und Aktualität eines neuen Grundbegriffs*, in: Ders. (Hrsg.): *Überleben. Historische und aktuelle Konstellationen*, Paderborn, S. 9-31, hier S. 15 f.

29 »Als die wirklich Unbelehrbaren, Unversöhnlichen, als die geschichtsfeindlichen Reaktionen im genauen Wortverstande werden wir dastehen, die Opfer«, schrieb Jean Améry dazu in den 1960er Jahren, »und als Betriebspanne wird schließlich erscheinen, daß immerhin manche von uns überlebten.« Améry, Jean (1997): *Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten*, 3. Aufl., Stuttgart, S. 146.

30 Siehe: Doerry, Janine/Kubetzky, Thomas/Seybold, Katja (2014) (Hrsg.): *Das soziale Gedächtnis und die Gemeinschaften der Überlebenden. Bergen-Belsen in vergleichender Perspektive*, Göttingen; Stengel, Katharina/Konitzer, Werner (2008) (Hrsg.): *Opfer als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit*, Frankfurt am Main.

31 Classen, Christoph (2012): *Der Zeitzeuge als Artefakt der Medienkonsumgesellschaft. Überlegungen zum Verhältnis von Medialisierung und Erinnerungskultur*, in: Sabrow/Frei (Hrsg.), S. 300-319 hier S. 314-318.

32 Vgl. Cohen, Boaz (2021): *Frühe Holocaustforschung. Konflikte, Persönlichkeiten, Herausforderungen*, Berlin, S. 13-53; Gallas, Elisabeth/Jockusch, Laura (2020): *Anything But Silent. Jewish Responses to the Holocaust in the Aftermath of World War II*, in: Gigliotti, Simone/Earl, Hilary (Hrsg.): *A Companion to the Holocaust*, Hoboken, S. 311-330.

Überlebenden als Zeuginnen und Zeugen wandelte sich seither allerdings erheblich und unterlag diversen Konjunkturen der Aufmerksamkeit.<sup>33</sup> Verstärkt nach dem Eichmann-Prozess 1961 in Israel und durch Medienereignisse wie die Ausstrahlung der TV-Serie »Holocaust« Ende der 1970er Jahre hat sich eine spezifisch »moralische Zeugenschaft«<sup>34</sup> des Holocaust etabliert, die ihren Ausdruck insbesondere in Videointerviews mit Überlebenden gefunden hat.<sup>35</sup> Individuellen Zeitzeug:innen und ihren sogenannten Holocaust Testimonies wird dabei die Bedeutung zugeschrieben, dass sie die Welt durch die Erzählung ihrer Gewalterfahrungen zu einem besseren Ort machen könnten und sollten. Für viele der Überlebenden gab und gibt es gute Gründe, dieser Rolle und der Sinngebung ihrer Erfahrungen nicht entsprechen zu wollen.<sup>36</sup> Auch um nachvollziehen zu können, wie sich Erinnerung und Gedenken nach dem »Zeitalter der Zeugen«<sup>37</sup> und dem bereits seit 40 Jahren beschworenen »Ende der Zeitzeugenschaft«,<sup>38</sup> verändern werden, müssen die Aktivitäten der Überlebenden als (gedächtnis-)politische Gruppe in den Blick genommen werden. Nach wie vor ist es erstaunlich, dass sie einerseits als individuelle Personen gewürdigt werden, ihr politisches Handeln, ihr Zusammenhalt und ihre geteilten Motivationen andererseits aber bislang kaum interessierten.

Gleichzeitig lässt sich mit zunehmendem zeitlichen Abstand feststellen, dass Zeitzeug:innen in die exkulperierenden Geschichtsbilder der Post-Täter:innengesellschaften integriert werden.<sup>39</sup> Nach den geschichtspolitischen Debatten der 1990er Jahre beinhaltet die Wende zum Opfergedächtnis in den

- 33 Vgl. Schuch, Daniel (2021): Transformationen der Zeugenschaft. Von David P. Boders frühen Audiointerviews zur Wiederbefragung als Holocaust Testimony, Göttingen, S. 11-19; Weinke, Annette (2016): Zeugenschaft von NS-Opfern nach 1945, in: Knigge, Volkhard et al. (Hrsg.): Buchenwald. Ausgrenzung und Gewalt 1937 bis 1945. Begleitband zur Dauerausstellung in der Gedenkstätte Buchenwald, Göttingen, S. 271-277.
- 34 Dabei lässt sich auch ein Wandel von der Figur des KZ-Überlebenden zum Holocaustüberlebenden vor Gericht nachvollziehen, vgl. Dean, Carolyn J. (2019): *The Moral Witness. Trials and Testimony after Genocide*, Ithaca/London, S. 61-130.
- 35 Schulze, Sebastian/Knopp, Sonja/Eusterschulte, Anne (2016): Videographierte Zeugenschaft. Überlebendenzugnisse im interdisziplinären Dialog, in: Dies. (Hrsg.): *Videographierte Zeugenschaft. Ein interdisziplinärer Dialog*, Weilerswist, S. 13-35.
- 36 So zum Beispiel: Ivanji, Ivan (2022): Warum ich kein Zeitzeuge mehr sein will, in: Knigge, Volkhard (Hrsg.): *Jenseits der Erinnerung. Verbrechensgeschichte begreifen. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach dem Ende der Zeugenossenschaft*, Göttingen, S. 35-37, hier S. 36; vgl. auch Schuch (2021), S. 257-335.
- 37 Wieviorka, Annette (2006): *The Era of the Witness*, Ithaca, S. 96-144.
- 38 Taubitz, Jan (2016): *Holocaust Oral History und das lange Ende der Zeitzeugenschaft*, Göttingen, S. 292.
- 39 Jureit, Ulrike (2010): Opferidentifikation und Erlösungshoffnung. Beobachtungen im erinnerungspolitischen Rampenlicht, in: Dies./Schneider, Christian (Hrsg.): *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart, S. 17-104.

Nachfolgestaaten des nationalsozialistischen Deutschland immer noch die Relativierung, in der alle Zeitzeug:innen einer gleichmacherischen Tendenz unterworfen werden. Ein verwandter Prozess vollzieht sich in nationalistischen Kontexten, in denen die historischen Distinktionen von Überleben, Täter:innenschaft und Kollaboration mit einem gleichförmigen Narrativ verdeckt werden.<sup>40</sup>

Um die kollektiven Aktivitäten der Überlebenden auch vor diesem Hintergrund kritisch analysieren zu können, beziehen wir uns auf einen sozialhistorischen Begriff des Gedächtnisses.<sup>41</sup> Damit betonen wir die Rückbindung an einen gemeinsamen Raum der Verfolgungserfahrungen und den Faktor der sozialen Interaktion in den Gemeinschaften der Überlebenden, in denen nach einer Repräsentanz dieser Erfahrungen gerungen wurde. »Organisiertes Gedächtnis« umfasst diese Formierungsprozesse sowohl innerhalb der Überlebendengemeinschaften als auch in breiteren gesellschaftlichen und politischen Diskursen. Ehemalige Verfolgte waren Akteur:innen in einem komplexen und kontroversen Streit um Entscheidungen, wie mit den Folgen des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen umgegangen werden sollte. Sie verhandelten Fragen nach dem politischen Stellenwert individueller Erinnerungen, über Zuschreibungen von Opfer- und Täter:innenschaft und positionierten sich in oder im Gegensatz zu hegemonialen Erzählungen. Ihre Netzwerke und Zusammenschlüsse waren dafür Ermöglichungsräume, die sich im historischen Verlauf beständig gewandelt haben. Organisiertes Gedächtnis verstehen wir dementsprechend als politische Praxis in den sich ebenfalls wandelnden (trans-)nationalen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen seit der Nachkriegszeit, die sich in besonderen Beziehungs- und Organisationsstrukturen vollzog.

Mit einer solchen Perspektive, die die Heterogenität, politische Handlungsmacht und Interaktion betont, lässt sich die plurale Landschaft der Aktivitäten Überlebender deutlich besser fassen, als es mit der Setzung eines kollektiven Gedächtnisses möglich wäre. Dieses Paradigma, das wesentlich von Jan und Aleida Assmann geprägt wurde, erfreut sich insbesondere in der deutschen Geschichtswissenschaft großer Beliebtheit.<sup>42</sup> Das ihm zugrunde liegende Postulat

40 Siehe beispielsweise: Saryusz-Wolska, Magdalena/Stach, Sabine/Stoll, Katrin (2016): Verordnete Geschichte? Zur Dominanz nationalistischer Narrative in Polen, in: *Zeitgeschichte Online*, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/verordnete-geschichte-zur-dominanz-nationalistischer-narrative-polen> (12. 2. 2022).

41 Einen Forschungsüberblick zu dieser Disziplin der Gedächtnisforschung gibt: Delitz, Heike (2017): Das kollektive und das soziale Gedächtnis. Neue Literatur zur »Gedächtnissoziologie«, in: *Soziologische Revue* 40 (1), S. 44-60. Explizit in Anwendung auf Überlebendenorganisationen vgl. Doerry, Janine/Kubetzky, Thomas/Seybold, Katja (2014): Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): *Das soziale Gedächtnis und die Gemeinschaften der Überlebenden. Bergen-Belsen in vergleichender Perspektive*, Göttingen, S. 9-32, hier S. 12 ff.

42 Siehe stellvertretend für deren umfangreiche Publikationen zum Thema: Assmann,

des Gedächtnisses als Speicher einer kollektiven Identität mit objektivierten, feststehenden Inhalten erscheint kaum geeignet, um die Geschichte der Überlebendenorganisationen verstehen zu können.<sup>43</sup> Die in diesem Band versammelten Dynamiken erschöpfen sich daher nicht in den normativen Prämissen, die in die Begriffsgeschichte des »kollektiven Gedächtnisses« eingeschrieben sind.<sup>44</sup> Gemeinsames Handeln ehemaliger Verfolgter lässt sich nicht in eine Perspektive der Integration von Opfer- und Tätergedächtnissen einpassen. Ebenso wenig ging es in der Stiftung nationaler Identitäten auf, wenngleich Überlebende des Nationalsozialismus an vielen Stellen solchen Diskursen begegneten und auch versuchten, diese mitzugestalten. Auch als kollektive Akteur:innen sperr(t)en sich die Überlebenden gegen Vereinnahmungen und Vereindeutigungen, die im schlimmsten Fall zu einer »Entpolitisierung und Enthistorisierung«<sup>45</sup> ihrer Wirkungsgeschichte führen.

Besonders im Vergleich zu anderen gedächtnispolitischen Akteur:innen war und ist es dabei die Rückbindung der narrativen Deutungen an historische Erfahrungen von Verfolgung und Widerstand, mit der Überlebendenorganisationen die Legitimität ihrer politischen Anliegen begründeten.<sup>46</sup> Die For-

Jan (2000): *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, 3. Aufl., München; Assmann, Aleida (2013): *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*, München; Dies. (2020): *Die Wiedererfindung der Nation. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen*, München.

- 43 Vgl. zur Kritik am Paradigma: Denschlag, Felix (2017): *Vergangenheitsverhältnisse. Ein Korrektiv zum Paradigma des »kollektiven Gedächtnisses«* mittels Walter Benjamins Erfahrungstheorie, München, S. 251-256.
- 44 Vgl. etwa zu Jan Assmanns Konstruktion deutscher Identität aus der Shoah: Denschlag, Felix/Ferdinand, Jan (2020): *Vordenker kollektiver identitätsbildender Gedächtniskonstruktionen? Eine kritische Sichtung der Nietzsche-Rezeption Aleida und Jan Assmanns*, in: Jensen, Anthony K./Santini, Carlotta (Hrsg.): *Nietzsche on Memory and History. The Re-Encountered Shadow*, Berlin, S. 301-322, hier S. 308 ff.; und zum angeblichen »nationalen Trauma« der Deutschen: Denschlag, Felix (2021): »Ein deutsches Trauma« Aleida Assmanns Deutung der Nachkriegsgeschichte revisited, in: Leonhard, Nina/Dimbath, Oliver (Hrsg.): *Gewaltgedächtnisse. Analysen zur Präsenz vergangener Gewalt*, Wiesbaden, S. 39-59, hier S. 54-57.
- 45 Siebeck, Cornelia (2013): »In ihrer kulturellen Überlieferung wird eine Gesellschaft sichtbar? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Assmannschen Gedächtnisparadigma, in: Lehmann, René/Öchsner, Florian/Sebald, Gerd (Hrsg.): *Formen und Funktionen sozialen Erinnerns. Sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen*, Wiesbaden, S. 65-90, hier S. 78; Siebeck schreibt weiter treffend: »Eine kulturwissenschaftliche Gedächtnisforschung, die sich für ihren Gegenstand interessiert, müsste jedoch gerade die vielgestaltigen diskursiven Antagonismen zwischen historischen Akteur:innen oder Akteurskonstellationen sowie die auf diese Weise entstehenden Dynamiken in den Blick nehmen (oder sich ihrer zumindest stets bewusst bleiben), anstatt eigene normative Prämissen zum Maßstab der untersuchten gesellschaftlichen Diskurse zu machen«, ebd., S. 75.
- 46 Für die Forschungspraxis ist der Kommentar von Lutz Niethammer während des Workshops im Juni 2016 in Buchenwald wichtig, dass eine Analyse der Geschichtser-

mierung solcher politischen Erzählungen ist immer auch als Vereindeutigung des Erfahrungsraums der Überlebenden zu begreifen. Für die Öffentlichkeit wurden ausgewählte Erfahrungen mit Blick auf jeweils aktuelle politische Ziele neu erzählt, neu interpretiert und ebenso authentifiziert und legitimiert.<sup>47</sup> Die Aktivitäten der Überlebenden umfassten so zu einem guten Teil auch die (Selbst-)Historisierung der Verfolgtengruppen des Nationalsozialismus. Geschichte, Vergangenheit und Gedächtnis blieben in den Organisationen stets aufeinander bezogen. Gerade der Stellenwert der individuellen und sozial präfigurierten Erfahrung macht es zudem schwer voraussehbar, welche Veränderungen das Aufrücken von Kindern, Enkeln und Urenkeln der Überlebenden, sowie auch die Erweiterung der Mitgliederbasis von Organisationen über Angehörige hinaus haben werden, die sich in den letzten drei Jahrzehnten vollzogen. Hier stehen wir vor einer Reformatierung des organisierten Gedächtnisses und damit potenziell auch von gesellschaftlichen Ritualen und Gedenkpraxen.

Im breiten Feld der kollektiven Aktivitäten der Überlebenden gibt es also viel zu entdecken: Die Landschaft aus informellen Netzwerken, Amicales, Komitees, Lagergemeinschaften, nationalen Interessenverbänden und internationalen Dachorganisationen war ausgesprochen divers – und ist dies teilweise heute noch. Sie versammelt(e) jüdische wie nichtjüdische Verfolgte, Antifaschist:innen aus dem Exil, ehemalige Angehörige des Widerstands, Veteranen, Displaced Persons, kommunistische wie auch nichtkommunistische Engagierte aus allen europäischen Ländern. Auch die Binnenstruktur einzelner Verbände, das Zusammenspiel von Funktionär:innen, Repräsentant:innen und einer Massenbasis von teilweise Tausenden Mitgliedern, ist komplex.<sup>48</sup> Nicht zuletzt die verschiedenen Bildquellen von Denkmalsetzungen, Kundgebungen und anderen Praktiken der Repräsentation, die dieser Band versammelt, dokumentieren die zahlreichen Aktivitäten der Überlebendenorganisationen. Plural sind auch die Themenfelder, denen sich die Verbände annahmen. Fragen der Restitution, Entschädigung und der sogenannten Wiedergutmachung<sup>49</sup> standen oft im Zusammenhang mit der juristischen Ahndung von nationalsozialistischen Verbrechen.<sup>50</sup> Viele Organisationen betrieben geschichtspoli-

zählungen nicht ohne die Rückbindung an Quellen aus der Zeit des Nationalsozialismus erfolgen sollte.

47 Diesen Gedanken formulierte Cornelia Siebeck in ihrem Kommentar zu den Beiträgen des Workshops 2016.

48 Zur komplexen Landschaft der Verbände siehe auch den Workshop zu den Überlebendenverbänden im Kalten Krieg, den das Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien im April 2021 veranstaltet hat: Fasching, Sandro: Überlebendenverbände. Erinnerungsgemeinschaften und politische Akteure im Kalten Krieg, in: H-Soz-Kult, 8. 4. 2021 [www.hsozkult.de/event/id/event-96911](http://www.hsozkult.de/event/id/event-96911) (12. 2. 2022).

49 Vgl. Ludi, Regula (2012): *Reparations for Nazi Victims in Postwar Europe*, Cambridge; Dreyfus, Jean-Marc (2015): *L'impossible réparation. Déportés, biens spoliés, or nazi, comptes bloqués, criminels de guerre*, Paris.

50 Siehe die Beiträge in: Frei, Norbert (2006) (Hrsg.): *Transnationale Vergangenheits-*

tische Interventionen, prägten die ritualisierte Gedenkpraxis und die Ästhetik von Gedenkort. <sup>51</sup> Organisationen KZ-Überlebender waren ebenso Räume für die Verarbeitung traumatischer Erfahrungen, aus denen wichtige Impulse medizinischer Behandlung und politischer Anerkennung der psychologischen Folgen der Lager kamen. <sup>52</sup>

Gesellschaftliche Anerkennung, die politische Ausrichtung, soziale Zusammensetzung und die Einbettung in staatliche Geschichtspolitik strukturieren die Organisationslandschaft in vielfältiger Weise. Wo Diskriminierungsstrukturen nach dem Ende des Nationalsozialismus fortbestanden, sahen sich verschiedene Opfergruppen mit der Marginalisierung und Aberkennung ihres Leidens und der Ansprüche zur Ahndung der gegen sie verübten Verbrechen konfrontiert. Hinter der Formel der »vergessenen Opfer« verbarg sich vielerorts ein gesellschaftlich produziertes Ignorieren und Wegsehen, das in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg in den drei Nachfolgestaaten des nationalsozialistischen Reiches jüdische Überlebende traf und bis heute vor allem Sinti:zze und Rom:nja, <sup>53</sup> als »asozial«, »homosexuell« oder »Berufsverbrecher« Verfolgte, Zeug:innen Jehovas und Millionen von Zwangsarbeiter:innen insbesondere aus osteuropäischen Ländern trifft. <sup>54</sup> Auch die Organisationen der Überle-

politik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen; Beßmann, Alyn/Pirker, Peter/Retzl, Lisa (2020): KZ-Häftlinge als Akteure der Strafverfolgung von NS-Tätern. Britische Justizverfahren zu Verbrechen im KZ Neuengamme und im Außenlager Loibl/Ljubelj des KZ Mauthausen, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 19, S. 92-108.

- 51 Vgl. Fritz, Regina/Kovács, Éva/Rásky, Béla (2016): Der NS-Massenmord an den Juden. Perspektiven und Fragen der frühen Aufarbeitung, in: Dies. (Hrsg.): Als der Holocaust noch keinen Namen hatte/Before the Holocaust Had Its Name. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden / Early Confrontations of the Nazi Mass Murder of the Jews, Wien, S. 7-19, hier S. 19.
- 52 Withuis, Jolande/Mooij, Annet (2010): Conclusion, in: Dies. (Hrsg.): The Politics of War Trauma. The Aftermath of World War II in Eleven European Countries, Amsterdam, S. 323-331, hier S. 326-329
- 53 Siehe: Fings, Karola (2015): Opferkonkurrenzen. Debatten um den Völkermord an den Sinti und Roma und neue Forschungsperspektiven, in: S:I.M.O.N. – Shoah. Intervention. Methods. Documentation (2), S. 79-101.
- 54 Im Februar 2020 stimmte der Deutsche Bundestag einem gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen für die rechtliche Anerkennung der als »asozial« oder »Berufsverbrecher« Verfolgten als Opfer der Nationalsozialismus zu. Der Passus im Antrags-text »[...] Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten unter Beweis gestellt, dass ein differenziertes Erinnern möglich ist« liest sich als Umschreibung des Widerstands von CDU und CSU, die einen solchen Schritt jahrelang verhindert haben. Zum gesamten Text siehe: Deutscher Bundestag: Antrag der Fractionen der CDU/CSU und SPD Anerkennung der von den Nationalsozialisten als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« Verfolgten, 22. 10. 2019, S. 2; zur Entschädigungspraxis für Zwangsarbeiter:innen siehe: Borggräfe, Henning (2014): Zwangsarbeiterentschädigung. Vom Streit um »vergessene Opfer« zur Selbstaussöhnung der Deutschen, Göttingen.

benden selbst waren nicht immer vor den Nachwirkungen der rassistischen oder antisemitischen Kategorisierungen befreit, die ihnen einst aufgezwungen worden waren.<sup>55</sup>

Organisationen von Überlebenden und insbesondere Dachverbände auf europäischer oder internationaler Ebene wirkten zudem über die Grenzen der Staaten und Blöcke hinweg. Der Kalte Krieg mit einer vermeintlich eindeutigen ideologischen Grenzziehung stellte den Bezug auf eine gemeinsame Verfolgungserfahrung als Organisationsgrundlage in manchen Verbänden infrage. Ereignisse wie die Niederschlagung der reformkommunistischen Regierung in Ungarn 1956 veränderten auch die politischen Organisationen der Überlebenden.<sup>56</sup> Die Teilung in (pro-)kommunistische und nichtkommunistische Verbände war in vielen Überlebendengemeinschaften ein konfliktreicher Prozess, in dessen Verlauf gemeinsame Erfahrungen mit ideologischen Setzungen rangen. Tief- und weitreichende Veränderungen brachte zudem das Ende der sozialistischen Länder Osteuropas seit den ausgehenden 1980er Jahren: staatliche Sammel- und Dachverbände verloren an Bedeutung, wurden politisch marginalisiert oder ganz aufgelöst. Andere Organisationen, wie etwa internationale Komitees von KZ-Überlebenden, überstanden diese Zäsur, veränderten sich aber hinsichtlich Zusammensetzung, politischer Ausrichtung und (geschichts-)politischer Bedeutung.

## Die Beiträge des Bandes

Der vorliegende Sammelband bündelt verschiedene Formen und Geschichten des organisierten Gedächtnisses. Er bietet damit multiperspektivisch Zugang zu einem noch immer nur sporadisch bearbeiteten Forschungsfeld, dessen gesamte Breite der Band zwar nicht repräsentieren, mit seinen Beiträgen aber wichtige Strukturierungen und Verbindungen aufzeigen kann.

In den Nachfolgegesellschaften des Nationalsozialismus fanden die Organisationen der Überlebenden besondere Bedingungen vor. Die Aktivitäten in Westdeutschland, der DDR und Österreich nimmt der erste Teil des Bandes in den Blick.

Für die alte Bundesrepublik analysiert JASCHA MÄRZ in seinem Beitrag die politische Landschaft der Überlebendenverbände in der BRD anhand ihrer drei größten Repräsentanten: der prokommunistischen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialde-

55 Vgl. Benz, Wolfgang (1998): »Homosexuelle« und »Gemeinschaftsfremde«. Zur Diskriminierung von Opfergruppen nach der nationalsozialistischen Verfolgung, in: Dachauer Hefte 14, S. 3-16, hier S. 6.

56 Becker, Maximilian (2020): Tales of Antifascism. International Survivors' Organizations during the Cold War, in: Fascism. Journal of Comparative Fascist Studies 9 (1-2), S. 244-271, hier S. 265-269.

mokraten (AvS) und dem Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen (ZDWV). Dabei untersucht er deren Umgang mit der NS-Vergangenheit auf drei Ebenen: dem Einfluss auf die Erinnerungskultur, der juristischen Aufarbeitung samt materieller Entschädigung sowie dem Wechselverhältnis mit den politischen Parteien in der BRD und der DDR.

STEPHANIE BOHRA fokussiert in ihrem Artikel auf das westdeutsche Sachsenhausen-Komitee (WSK) und die Strafverfolgung von KZ-Tätern. Ab Ende der 1950er Jahre avancierte dieser Verband zu einem wichtigen Akteur in der juristischen Aufarbeitung, was insbesondere auf die enge Zusammenarbeit der Überlebenden mit den ermittelnden Staatsanwaltschaften zurückgeführt wird. Die kollektiven Aktivitäten des WSK gaben diverse Anstöße zu strafrechtlichen Ermittlungen gegen ehemalige KZ-Täter und ermöglichten damit zumindest teilweise eine justizielle Ahndung von ihnen begangener Verbrechen. Insbesondere mit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Massenverbrechen in Konzentrationslagern in Köln entwickelte sich so in den 1960er Jahren eine rege Zusammenarbeit.

In Westdeutschland wie in der DDR waren die Lagergemeinschaften der weiblichen Überlebenden des Konzentrationslagers Ravensbrück maßgeblich, wenn auch nicht ausschließlich kommunistisch geprägt und in internationale politische Zusammenhänge eingebunden. Damit einher gingen in der DDR eine enge Einbindung in die staatliche Geschichtspolitik und in der Bundesrepublik eine zunehmende Repression und Marginalisierung seit den 1950er Jahren. HENNING FISCHER argumentiert in seinem Beitrag, biografische Prägungen und Erfahrungen als wesentlichen Faktor des organisatorischen Zusammenhalts dieser Lagergemeinschaften zu lesen. Wie eng parteipolitisches Handeln, die Verarbeitung von Traumata der Verfolgung, Erinnerungspolitik und gesellschaftliches Engagement der ehemaligen Ravensbrückerinnen aufeinander bezogen waren, lässt sich hier in der breiten biografischen Kontextualisierung nachvollziehen.

HELGA AMESBERGER und BRIGITTE HALBMAYR untersuchen die Organisationsgeschichte der weiblichen Ravensbrück-Überlebenden in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft. Akteurinnen wie Irma Trksak (1917-2017) oder Mela Ernst (1893-1949) gelang es in der dortigen Lagergemeinschaft, einen antifaschistischen und politisch aktiven Zusammenhalt zu organisieren. Identitätsstiftend für diese Gemeinschaft war der weibliche Widerstand, der mit Rückgriff auf die gesellschaftlich dominanten Geschlechterrollen erzählt wurde und selten von ihnen abwich. Mit Blick auf in der Öffentlichkeit und in anderen Überlebendenorganisationen fast ausschließlich männlich geprägte Widerstandsnarrative war die Betonung des weiblichen Beitrags im Kampf gegen den Nationalsozialismus aber auch ein emanzipatorischer Akt, den die ehemaligen Ravensbrückerinnen vollzogen.

Dem Einschreiben eigener Erfahrungen in die Erzählungen des Widerstandskampfs gegen den Nationalsozialismus, das sich in vielen Ländern

Europas vollzog, widmet sich der zweite Teil des Bandes. Der Begriff des Widerstands ist dabei als eines der zentralen und umkämpften Deutungsmuster der NS-Verfolgung zu begreifen.

Mit dem sogenannten Nacht-und-Nebel-Erlass hatten die Nationalsozialisten eine Richtlinie geschaffen, um des Widerstands verdächtige Personen und Gruppen im besetzten Europa im Geheimen zu verschleppen und abzuurteilen. Bis heute ist »Nacht und Nebel« (NN) in den Niederlanden mit dem ehemaligen Konzentrationslager Natzweiler-Struthof verbunden. MARKUS WEGEWITZ analysiert in seinem Artikel die Gemeinschaft der niederländischen NN-Gefangenen anhand von Überlebenden dieses KZ im französischen Elsass. Die Geschichte ihrer Organisation, dem Vriendenkring van Oud-Natzweilers (Freundeskreis der ehemaligen Natzweiler-Gefangenen), war nach der Befreiung Europas von einem Bedürfnis der Distinktion geprägt. Einerseits schrieben sie sich in den Diskurs über den kollektiven Widerstand der niederländischen Nation ein. Andererseits waren die im Vriendenkring Organisierten seit den 1960er Jahren darum bemüht, die Eigenständigkeit ihrer Erfahrung hervorzuheben und sich gegenüber anderen Opfergruppen des Nationalsozialismus abzugrenzen.

HENNING FAUSER skizziert in seinem Beitrag Entstehung und Anfangsjahrzehnt der vier bedeutendsten Dachorganisationen ehemaliger Häftlinge und Widerstandskämpfer in Frankreich: Fédération nationale des Déportés et Internés, Résistants et Patriotes (Nationale Föderation der deportierten und internierten Widerstandskämpfer und Patrioten, FNDIRP), Fédération nationale des Déportés et Internés patriotes (Nationale Föderation der patriotischen Deportierten und Internierten, FNDIP), Union nationale des Associations de Déportés, Internés et Familles de Disparus (Nationale Union der Vereinigungen der internierten Deportierten und Familien der Verschwundenen, UNADIF) und Association nationale des anciennes Déportées et Internées de la Résistance (Nationale Vereinigung der ehemaligen weiblichen Deportierten und Internierten der Résistance, ADIR). Dabei liegt der Fokus auf der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaften, den wichtigsten Aktivitäten und der politischen Ausrichtung dieser Organisationen, die unter den Bedingungen des Kalten Krieges auch für die kommenden Jahrzehnte prägend blieben: Kommunisten und Sympathisanten des PCF (Parti communiste français) sammelten sich innerhalb der FNDIRP, Gaullisten, Sozialisten und Christdemokraten in der UNADIF-FNDIR (Nationale Föderation der Deportierten und Internierten der Résistance). In der ausschließlich weibliche Überlebende umfassenden ADIR hingegen spielte die politische Orientierung keine Rolle für den Beitritt.

Mit der Federación Española de Deportados e Internados Políticos (Spanische Föderation der aus politischen Gründen Deportierten und Internierten, FEDIP) betrachtet JOHANNES MEERWALD in seinem Beitrag den Sonderfall eines Verbands im Exil. Gegründet von Überlebenden, für die nach der Befrei-

ung eine Rückkehr in das vom Franco-Regime beherrschte Spanien keine Option war, entwickelte die FEDIP den Anti-Franquismus als zentralen Bestandteil ihrer Verbandspolitik. Ihre geschichtspolitischen Aktivitäten verbanden die Kritik am Regime mit Entschädigungsforderungen, aber auch mit historischer Grundlagenforschung zu den spanischen Opfern von Faschismus und Nationalsozialismus. Vor allem in den 1950er und 1960er Jahren betrieb der Verband mit Schwerpunkt in Frankreich die Vernetzung mit anderen Überlebendenorganisationen. Dabei wahrte sie Distanz zum Parteikommunismus.

Überlebende in Polen bildeten vor allem Verbände, um Selbsthilfe und Fürsorge dort zu gewährleisten, wo staatliche Stellen diese Aufgaben nicht leisten konnten. ZOFIA WÓYCICKA nimmt in ihrem Beitrag die Übergangsperiode von 1945 bis 1949 in den Blick, in der die Überlebendenorganisationen im Land immer stärker unter den Einfluss der politischen Parteien gerieten. An Zeitschriften wie der *Wolni Ludzie* und der Polnischen Vereinigung Ehemaliger Politischer Gefangener (PZbWP) lässt sich etwa nachvollziehen, wie in den zahlreichen Gedenkinitiativen im Zeitverlauf instrumentelle Erzählungen von Helden- und Märtyrertum in den Vordergrund rückten. Die Nationalisierung und Disziplinierung der polnischen Überlebendenverbände bedingte dabei, dass abweichende Erfahrungen in diesen Organisationen nicht mehr öffentlich artikuliert werden konnten.

Mit dem Sowjetischen Komitee der Kriegsveteranen (SKdK) untersucht ALEXANDER FRIEDMAN in seiner Studie den erst seit 1956 in der Sowjetunion etablierten zentralen Verband. Leitfrage dabei ist, ob es sich beim SKdK um eine Interessenvertretung sowjetischer Frontkämpfer:innen und NS-Verfolgter handelte oder vielmehr um ein Vorzeigeprojekt der Machthaber in Moskau, welches das undifferenzierte offizielle Bild des Großen Vaterländischen Krieges untermauern sollte und nicht zuletzt als wirkungsmächtiges Instrument der ideologischen Konsolidierung und des gemeinsamen »antiimperialistischen Kampfes« der sozialistischen Länder gegen die USA, die Bundesrepublik Deutschland und weitere westliche Staaten angedacht war. Nach einem Überblick über Entstehung und Entwicklung des Verbandes wird am Beispiel der Aktivitäten zweier prominenter Vertreter:innen – Zajnab S. Bachtijarova (1899-1974) und David A. Dragunskij (1910-1992) – auf die bisher eher selten behandelte Rezeption des SKdK in der DDR eingegangen.

ELLA FALLDORF untersucht in ihrem Beitrag künstlerische Interpretationen von (ehemaligen) Häftlingen des KZ Buchenwald. Die Kommunisten Paul Goyard (1886-1980), José Fosty (1919-2015), Auguste Favier (1898-1951), Pierre Mania (1911-1987) und Boris Taslitzky (1911-2005) erschufen bereits im KZ Darstellungen des sogenannten Kleinen Lagers. Dort ließ die SS seit der Jahreswende 1944/1945 Tausende Menschen zusammenpferchen, was zu apokalyptischen Verhältnissen und einem Massensterben führte. Nach der Befreiung entwickelten die einstigen Künstler-Häftlinge ihre Motive in verschiedenen Medien weiter und verbreiteten sie in Frankreich. Dabei arbeiteten sie eng mit

verschiedenen Überlebendenverbänden wie etwa der FN DIRP zusammen und erschufen ambivalente Deutungen von Widerstand und Leiden im KZ.

Im Vergleich zu den ehemaligen politischen Gefangenen waren Überlebende der Shoah und des Porajmos mit anderen, zumeist ungleich schlechteren Bedingungen nach ihrer Befreiung konfrontiert. Den Auswirkungen auf die Verbände der Opfergruppen von Jüdinnen und Juden sowie Sinti:zze und Rom:nja, die im Zentrum der deutschen Vernichtungspolitik standen, widmet sich der dritte Teil des Bandes.

Der Kibbuz Buchenwald/Netzer Sereni hat eine komplexe Entstehungsgeschichte, die RONALD HIRTE in seinem Beitrag nachvollzieht. Ein Großteil seiner Mitglieder hatte die Konzentrationslager überlebt und war nach der Befreiung Teil des Sheerit Hapletah (Rest der Geretteten) im besetzten Deutschland. Gleichzeitig war diese Gemeinschaft der jüdischen Überlebenden durch Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit und der Hachschara-Bewegung geprägt. Angesiedelt zunächst im Gehringshof in Osthessen und einigen anderen Orten, übersiedelten die Mitglieder des Kibbuz ab 1945 in mehreren Etappen nach Eretz Israel. Zunutze machten sie sich dabei die Netzwerke und Unterstützung zahlreicher Institutionen wie der alliierten Streitkräfte, der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) und des American Jewish Joint Distribution Committee (JOINT), die ihnen die Überführung des Kibbuz ermöglichten.

JANINE DOERRY setzt sich in ihrem Beitrag mit den verschiedenen nationalen und internationalen Überlebendenverbänden des Konzentrationslagers Bergen-Belsen auseinander. Ausgehend von der Differenzierung in ein jüdisches und ein polnisches Displaced Persons Camp auf dem Gelände des befreiten KZ zeichnet sie diverse geschichtspolitische Konflikte nach, die dazu geführt haben, dass ein gruppenübergreifender, internationaler Zusammenschluss der ehemaligen Häftlinge des KZ Bergen-Belsen nie gegründet wurde. Gleichzeitig weist sie detailliert nach, dass die verschiedenen Häftlingsverbände und Überlebendenorganisationen von Bergen-Belsen, die sich in Deutschland, Frankreich, Israel und Kanada gegründet hatten, erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen als zentralem Ort des Holocaustgedenkens in der BRD hatten.

SEBASTIAN MUSCH untersucht in seinem Artikel die politische Arbeit von Zvi Asaria (1913-2002), der als Soldat der Jugoslawischen Armee in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten war und nach der Befreiung Rabbiner der Kölner Synagogengemeinde wurde. Musch zeichnet vor allem in den 1950er Jahren eine transnationale Verflechtungsgeschichte zwischen Deutschland und Israel nach. Die Kölner Gemeinde war insbesondere durch den engen Kontakt zur sogenannten Israel-Mission und durch Besuche von Politiker:innen stark an den israelischen Staat gebunden. Als Zionist geriet Asaria dabei in einen Konflikt zwischen dem Wiederaufbau einer jüdischen Gemeinde im Land der Täter:innen und der Perspektive der Alijah, die von der Mehrheit der Kölner

Gemeindemitglieder nicht geteilt wurde. Diese Entfremdungserfahrung nach der Aufbauarbeit gibt einen interessanten Einblick in Handlungsspielräume und politische Erwartungshaltungen, mit denen jüdische Überlebende nach der Befreiung umgehen mussten.

Sinti, Roma, nichtsesshafte Menschen oder unter dem Stigma der sogenannten Asozialität Verfolgte gehörten zu den Opfergruppen des Nationalsozialismus, die auch noch lange nach der Befreiung Europas unter den Kontinuitäten von Ausgrenzung, staatlicher Verfolgung und Rassismus zu leiden hatten. DANIELA GRESS nimmt die lange und oft von der Dominanzgesellschaft ignorierte Geschichte der Organisationen von Sinti:zze und Rom:nja in den Blick. Ihr Beitrag beleuchtet die Organisationsgeschichte in Westdeutschland über mehr als 70 Jahre hinweg: Von den ersten Zusammenschlüssen zur Selbsthilfe über informelle Netzwerke bis hin zum Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Ebenfalls im Mittelpunkt stehen die Europäisierung und Internationalisierung dieser Verbände seit den 1970er Jahren.

Internationale Dachverbände und transnationale Organisationen, die eine interne Gliederung und Interessenartikulation besaßen, stehen im Mittelpunkt des vierten und letzten Teils des Sammelbandes.

Vor dem spezifischen Erfahrungshintergrund französischer und deutscher Kommunisten aus dem Konzentrationslager Buchenwald wie Marcel Paul (1900-1982), Pierre Durand (1923-2002), Walter Bartel (1904-1992) und Emil Carlebach (1914-2001) untersucht PHILIPP NEUMANN-THEIN in seinem Beitrag die Entwicklung und Bedeutung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD) von den 1950er bis Mitte der 1990er Jahre. Er geht dabei Fragen nach Selbstverständnis und Selbstdarstellung des Komitees, seinem Verhältnis zu staatlichen Stellen und Öffentlichkeit in Ost und West, zu den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und anderen Institutionen nach. Zudem werden die bemerkenswerten Transformationsprozesse skizziert, die das IKBD seit den 1980er Jahren vom exklusiven kommunistischen Erinnerungsaktiv zur pluralen Repräsentanz unterschiedlicher Häftlingsgruppen durchlief.

Im Internationalen Ravensbrück-Komitee (IRK) waren seit 1956 Ravensbrück-Verbände aus elf ost- und westeuropäischen Ländern aktiv. Der Beitrag von SUSAN HOGERVORST und MARKUS WEGEWITZ geht der Frage nach, welche Bedeutung diesem Organisationzusammenhang zukam, wenn es darum ging, die Erinnerung an Ravensbrück lebendig zu halten und weiterzugeben. Inwiefern kann man von einem grenzüberschreitenden oder sogar europäischen Narrativ über dieses KZ sprechen? Und welche Rolle spielte das IRK dabei – sowohl in Bezug auf das Bild des Lagers als auch bei dessen Verbreitung in der Öffentlichkeit? In der Entwicklung werden zwei Phasen unterschieden und analysiert: Eine frühe, vergleichsweise pluralistische Phase des Erinnerns von unten mit dem »Wiederaufbau-Feminismus« als leitendem Prinzip (1945-1947) sowie die Phase der Institutionalisierung antifaschistischer Lagererinne-

rungen mit der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte (NMG) Ravensbrück und dem IRK (1947-1989).

In ihrem Beitrag über das Internationale Auschwitz-Komitee (IAK) beleuchtet KATHARINA STENGEL dessen Aktivitäten in der frühen Nachkriegszeit. In Zusammenarbeit mit anderen transnationalen Organisationen wie der FIR stand es für die Forderung »Nie wieder Auschwitz!« als politische Maxime. Es gelang dem IAK bis Anfang der 1960er Jahre, die Geschichte und Bedeutung dieses zentralen Konzentrations- und Vernichtungslagerkomplex stärker in die Öffentlichkeit zu bringen, dem dortigen Museum internationale Aufmerksamkeit zu verschaffen, den Austausch unter den ehemaligen Häftlingen zu verbessern, die Strafverfolgung der Täter zu unterstützen und insbesondere die Stimmen der Opfer von Auschwitz und deren vielfältige individuelle Erzählungen und Erinnerungen hörbar zu machen.

Die transnationalen Verbindungen der Fédération Internationale des Résistants (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer, FIR) reichten von ihrer Gründung an über den Eisernen Vorhang hinweg. An ihrem Beispiel arbeitet MAXIMILIAN BECKER die Netzwerke von Überlebenden und ihre Involvierung in den Kalten Krieg, wie in Entspannungspolitik und Abrüstung seit den 1970er Jahren, heraus. Dabei geht er nicht nur wichtigen Entwicklungen in der Organisationsgeschichte sowie entscheidenden Personen nach, sondern auch dem Narrativ dieses zentralen internationalen Akteurs und seinen Wandlungen. Welche Rolle spielten genderspezifische Aspekte darin? Wurde an den Völkermord an der jüdischen Bevölkerung erinnert und wenn ja, wie? Welche Ziele verfolgte die Organisation damit?

JULIA KUBASIAK untersucht die Aktivitäten von jugoslawischen KZ-Überlebenden im Zeitraum von 1945 bis in die 1970er Jahre. Die nationale Heroisierung des bewaffneten Widerstands der kommunistischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg führte zu einer Ausgrenzung der KZ-Überlebenden in der sozialistischen Republik. Internationale Kontakte des jugoslawischen Veteranenbundes Savez Udruženja Boraca Narodnooslobodilačkog Rata (Bund der Kämpfer im Volksbefreiungskrieg, SUBNOR) zu Organisationen wie der World Veterans Federation (WVF) dienten demnach als Türöffner für jugoslawische Lagerüberlebende um ihre soziale Lage zu verbessern und gleichzeitig neue politische Handlungsmöglichkeiten im eigenen Land zu gewinnen. Das Streben der jugoslawischen Überlebenden nach mehr Selbstbestimmung war letztendlich oft nicht von öffentlichen Erfolgen gekrönt, stellt aber eine wichtige Motivation ihres kollektiven Handelns dar.

Damit eröffnen die hier versammelten Beiträge ganz verschiedene Wege des Erkenntnisgewinns im breiten Feld der kollektiven Aktivitäten von Überlebenden der NS-Verbrechen. Gleichzeitig ermöglichen sie einen Vergleich in transnationaler Perspektive und das Nachverfolgen von Verbindungen in einer Organisationslandschaft, die an vielen Stellen mit den Nachkriegsgesellschaften und ihren Konflikten verflochten war. Unsere Hoffnung als Herausgeber

dieses Bandes ist es, dass eine solche Bündelung der Forschungsperspektiven weitere Studien zu den vielfältigen Aktivitäten von Überlebenden der NS-Verfolgung bereichern, kontextualisieren und vielleicht auch anregen kann.

## Dank

Unser herzlicher Dank geht an alle Personen und Institutionen, die in den letzten sechs Jahren zur Entstehung dieses Buches beigetragen haben. Insbesondere danken wir Franka Maubach für die tatkräftige Mitwirkung bei der Konzeption und Organisation des Workshops im Juni 2016 in der Gedenkstätte Buchenwald, sowie Norbert Frei, Volkhard Knigge, Katharina Lenski, Michael Löffelsender, Lutz Niethammer, Cornelia Siebeck und Sibylle Steinbacher für Kommentare bzw. Moderation der damaligen Diskussionen. Ebenso möchten wir uns bei Henning Borggräfe, Juliette Constantin, K. Erik Franzen und Robert Zimmermann bedanken, die mit ihren Vorträgen während des Workshops ebenfalls wichtige Impulse gesetzt haben. Maribel Hart und Karin Hartewig danken wir für die Übersetzungen zweier Texte in diesem Band. Wir sind weiterhin allen Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen verbunden, die uns Quellen und das in den Band aufgenommene umfangreiche historische Bildmaterial zur Verfügung gestellt haben. Wir danken allen unseren Kolleg:innen am Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts und bei der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, die dieses langjährige Publikationsprojekt konstruktiv begleitet und unterstützt haben, nicht zuletzt in der Verwaltung unter der Leitung von Antje Hitzschke, sowie dem Direktor Jens-Christian Wanger für die Aufnahme des Bandes in die wissenschaftliche Publikationsreihe der Stiftung. Für die vertrauensvolle und geduldige Zusammenarbeit bei der Buchproduktion danken wir Hajo Gevers und dem Wallstein Verlag.

## Literaturverzeichnis

- Améry, Jean (1997): *Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten*, 3. Aufl., Stuttgart.
- Amishai-Maisels, Ziva (1993): *Depiction and Interpretation. The Influence of the Holocaust on the Visual Arts*, Oxford/New York/Seoul/Tokyo, S. 131-134.
- Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e. V. (2008) (Hrsg.): »... das war ja kein Spaziergang im Sommer!« *Die Geschichte eines Überlebendenverbandes*, Hamburg.
- Assmann, Aleida (2020): *Die Wiedererfindung der Nation. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen*, München.
- Assmann, Aleida (2013): *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*, München.

- Assmann, Jan (2000): *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, 3. Aufl., München.
- Becker, Maximilian (2020): *Tales of Antifascism. International Survivors' Organizations during the Cold War*, in: *Fascism. Journal of Comparative Fascist Studies* 9 (1-2), S. 244-271.
- Benz, Wolfgang (1998): »Homosexuelle« und »Gemeinschaftsfremde«. Zur Diskriminierung von Opfergruppen nach der nationalsozialistischen Verfolgung, in: *Dachauer Hefte* 14, S. 3-16.
- Beßmann, Alyn/Pirker, Peter/Rettl, Lisa (2020): *KZ-Häftlinge als Akteure der Strafverfolgung von NS-Tätern. Britische Justizverfahren zu Verbrechen im KZ Neuengamme und im Außenlager Loibl/Ljubelj des KZ Mauthausen*, in: *Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland* 19, S. 92-108.
- Bock, Dennis (2017): *Leserwartungen in der Holocaust-Literatur. Ein Blick auf die Entwicklung einer Textart und ihre Tendenzen seit 1989*, in: Díaz Pérez, Olivia C./Gutjahr, Ortrud/Renner, Rolf G./Siguan, Marisa (Hrsg.): *Deutsche Gegenwart in Literatur und Film. Tendenzen nach 1989 in exemplarischen Analysen*, Tübingen, S. 259-275.
- Borggräfe, Henning (2014): *Zwangsarbeiterentschädigung. Vom Streit um »vergesene Opfer« zur Selbstaussöhnung der Deutschen*, Göttingen.
- Bothe, Alina/Nesselrodt, Markus (2016): *Survivor. Towards a Conceptual History*, in: *The Leo Baeck Institute Year Book* 61 (1), S. 57-82.
- Brink, Cornelia (1998): *Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945*, Freiburg im Breisgau.
- Classen, Christoph (2012): *Der Zeitzeuge als Artefakt der Medienkonsumgesellschaft. Überlegungen zum Verhältnis von Medialisierung und Erinnerungskultur*, in: Sabrow/Frei (Hrsg.), S. 300-319.
- Cohen, Boaz (2021): *Frühe Holocaustforschung. Konflikte, Persönlichkeiten, Herausforderungen*, Berlin.
- Dean, Carolyn J. (2019): *The Moral Witness. Trials and Testimony after Genocide*, Ithaca/London.
- Dejnega, Melanie (2014): *Von »Opfern« und anderen Überlebenden. Anerkennung der Verfolgungserfahrung und ihre Bedeutung für Über-Lebensgeschichten*, in: Hansen, Imke/Heitzer, Enrico/Nowak, Katarzyna (Hrsg.): *Ereignis & Gedächtnis. Neue Perspektiven auf die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Berlin, S. 85-105.
- Delitz, Heike (2017): *Das kollektive und das soziale Gedächtnis. Neue Literatur zur »Gedächtnissoziologie«*, in: *Soziologische Revue* 40 (1), S. 44-60.
- Denschlag, Felix (2021): *»Ein deutsches Trauma?« Aleida Assmanns Deutung der Nachkriegsgeschichte revisited*, in: Leonhard, Nina/Dimbath, Oliver (Hrsg.): *Gewaltgedächtnisse. Analysen zur Präsenz vergangener Gewalt*, Wiesbaden, S. 39-59.
- Denschlag, Felix (2017): *Vergangenheitsverhältnisse. Ein Korrektiv zum Paradigma des »kollektiven Gedächtnisses« mittels Walter Benjamins Erfahrungstheorie*, München.
- Denschlag, Felix/Ferdinand, Jan (2020): *Vordenker kollektiver identitätsbildender Gedächtniskonstruktionen? Eine kritische Sichtung der Nietzsche-Rezeption*

- Alcida und Jan Assmanns, in: Jensen, Anthony K./Santini, Carlotta (Hrsg.): Nietzsche on Memory and History. The Re-Encountered Shadow, Berlin, S. 301-322.
- Doerry, Janine/Kubetzky, Thomas/Seybold, Katja (2014) (Hrsg.): Das soziale Gedächtnis und die Gemeinschaften der Überlebenden. Bergen-Belsen in vergleichender Perspektive, Göttingen.
- Doerry, Janine/Kubetzky/Thomas/Seybold, Katja (2014): Einleitung, in: Doerry/Kubetzky/Seybold, S. 9-32.
- Dreyfus, Jean-Marc (2005): »Ami, si tu tombes ...«. Les déportés résistants, des camps au souvenir, 1945-2005, Paris.
- Dreyfus, Jean-Marc (2015): L'impossible réparation. Déportés, biens spoliés, or nazi, comptes bloqués, criminels de guerre, Paris.
- Eschebach, Insa/Jacobbeit, Sigrid/Wenk, Silke (2002) (Hrsg.): Gedächtnis und Geschlecht. Deutungsmuster in Darstellungen des nationalsozialistischen Genozids, Frankfurt am Main.
- Fings, Karola (2015): Opferkonkurrenzen. Debatten um den Völkermord an den Sinti und Roma und neue Forschungsperspektiven, in: S.I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods. Documentation (2), S. 79-101.
- Fischer, Henning (2018): Überlebende als Akteurinnen. Die Frauen der Lagergemeinschaften Ravensbrück. Biografische Erfahrung und politisches Handeln, 1945 bis 1989, Konstanz.
- Frei, Norbert (2006) (Hrsg.): Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen.
- Fritz, Regina/Kovács, Éva/Rásky, Béla (2016): Der NS-Massenmord an den Juden. Perspektiven und Fragen der frühen Aufarbeitung, in: Dies. (Hrsg.): Als der Holocaust noch keinen Namen hatte/Before the Holocaust Had Its Name. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden / Early Confrontations of the Nazi Mass Murder of the Jews, Wien, S. 7-19.
- Gallas, Elisabeth (2016): Frühe Holocaustforschung in Amerika: Dokumentation, Zeugenschaft und Begriffsbildung, in: Gross, Raphael (Hrsg.): Jahrbuch des Dubnow-Instituts, Bd. 15, Göttingen, S. 535-569.
- Gallas, Elisabeth/Jockusch, Laura (2020): Anything But Silent. Jewish Responses to the Holocaust in the Aftermath of World War II, in: Gigliotti, Simone/Earl, Hilary (Hrsg.): A Companion to the Holocaust, Hoboken, S. 311-330.
- Hansen, Imke (2015): »Nie wieder Auschwitz!« Die Entstehung eines Symbols und der Alltag einer Gedenkstätte 1945-1955, Göttingen.
- Hripsimé, Visser (1994): Andriess, Emmy Eugénie (1914-1953), in: Biografisch Woordenboek van Nederland, Den Haag, <https://resources.huuygens.knaw.nl/bwn1880-2000/lemmata/bwn4/andriess> (12. 2. 2022).
- Ivanji, Ivan (2022): Warum ich kein Zeitzeuge mehr sein will, in: Knigge, Volkhard (Hrsg.): Jenseits der Erinnerung. Verbrechen Geschichte begreifen. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach dem Ende der Zeitgenossenschaft, Göttingen, S. 35-37.
- Jureit, Ulrike (2010): Opferidentifikation und Erlösungshoffnung. Beobachtungen im erinnerungspolitischen Rampenlicht, in: Dies./Schneider, Christian (Hrsg.): Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart, S. 17-104.

- Knigge, Volkhard (1997) Opfer, Tat, Aufstieg. Vom Konzentrationslager Buchenwald zur Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR, in: Ders./Pietsch, Jürgen M./Seidel, Thomas A. (Hrsg.): Versteinertes Gedenken. Das Buchenwalder Mahnmal von 1958, Spröda, Bd. I, S. 5-93.
- Knigge, Volkhard/Löffelsender, Michael/Lüttgenau, Rikola-Gunnar/Stein, Harry (2016) (Hrsg.): Buchenwald. Ausgrenzung und Gewalt 1937 bis 1945. Begleitband zur Dauerausstellung in der Gedenkstätte Buchenwald, Göttingen.
- Kogon, Eugen (1946): Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München.
- Kuby, Emma (2019): Political Survivors. The Resistance, the Cold War, and the Fight Against Concentration Camps After 1945, Ithaca.
- Kutter Bubnová, Václava (2014): Die NS-Opferverbände und die Opferdiskurse seit 1993 in der Tschechischen Republik und in der Slowakei, Dissertation, Ludwig-Maximilians-Universität München.
- Lagrou, Pieter (2001): The Legacy of Nazi Occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945-1965, Cambridge.
- Levi, Primo (2018): Vorwort, in: Die Untergegangenen und die Geretteten, 2. Aufl., München, S. 7-18.
- Loewy, Ronny (2005): Atrocity Pictures. Alliierte Filmaufnahmen aus den befreiten Konzentrationslagern, in: Roß, Heiner (Hrsg.): Lernen Sie diskutieren! Re-education durch Film: Strategien der westlichen Alliierten nach 1945, Berlin, S. 89-96.
- Ludi, Regula (2012): Reparations for Nazi Victims in Postwar Europe, Cambridge.
- Maida, Bruno (2014): Il mestiere della memoria. Storia dell'Associazione nazionale ex deportati politici, 1945-2010, Verona.
- Marcuse, Harold (2014): Die Organisationen der Überlebenden von Dachau. Ein Abriss der Entwicklung von der Befreiung des Konzentrationslagers bis Anfang der 1970er Jahre, in: Doerry/Kubetzky/Seybold, S. 159-174.
- Meyer, Ahlrich (2020): Die Schwelle des Zeugnisses überschritten. David Roussets *L'univers concentrationnaire* liegt endlich auf Deutsch vor, in: Sozial.Geschichte Online 27, S. 207-216.
- Moyn, Samuel (2010): In the Aftermath of Camps, in: Biess, Frank/Moeller, Robert G. (Hrsg.): Histories of the Aftermath. The Legacies of the Second World War in Europe, New York, S. 49-64.
- Moyn, Samuel (2005): A Holocaust Controversy. The Treblinka Affair in Postwar France, Hanover.
- Mühlhäuser, Regina (2020): Verschwiegen und allgegenwärtig. Sexuelle Gewalt im Zweiten Weltkrieg zwischen individueller Erinnerung und nationaler Vergangenheitspolitik, in: Frank, Petra/Arend, Sabine (Hrsg.): Ravensbrück denken. Gedenk- und Erinnerungskultur im Spannungsfeld von Gegenwart und Zukunft: Festschrift zum Abschied von Insa Eschebach als Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Berlin, S. 61-73.
- Overesch, Manfred (1992): Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn.
- Perry, Rachel E. (2020): The Holocaust Is Present. Reenacting the Holocaust, Then and Now, in: Holocaust Studies 26 (2), S. 152-180.
- Perz, Bertrand (2006): Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. 1945 bis zur Gegenwart, Innsbruck.

- Reemtsma, Jan Philipp (1997): Die Memoiren Überlebender. Eine Literaturgattung des 20. Jahrhunderts, in: *Mittelweg* 36 6 (4), S. 20-39.
- Rousset, David (2020): *Das KZ-Universum*, Berlin.
- Sabrow, Martin/Frei, Norbert (Hrsg.): *Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945*, Göttingen.
- Saryusz-Wolska, Magdalena/Stach, Sabine/Stoll, Katrin (2016): Verordnete Geschichte? Zur Dominanz nationalistischer Narrative in Polen, in: *Zeitgeschichte* Online, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/verordnete-geschichte-zur-dominanz-nationalistischer-narrative-polen> (12. 2. 2022).
- Schmidl, Martin (2010): *Postwar Exhibition Design. Displaying Dachau*, Köln.
- Schmieder, Falko (2011): Überleben – Geschichte und Aktualität eines neuen Grundbegriffs, in: Ders. (Hrsg.): *Überleben. Historische und aktuelle Konstellationen*, Paderborn, S. 9-31.
- Schuch, Daniel (2021): Transformationen der Zeugenschaft. Von David P. Boders frühen Audiointerviews zur Wiederbefragung als Holocaust Testimony, Göttingen.
- Schulze, Sebastian/Knopp, Sonja/Eusterschulte, Anne (2016): Videographierte Zeugenschaft. Überlebendenzugnisse im interdisziplinären Dialog, in: Dies. (Hrsg.): *Videographierte Zeugenschaft. Ein interdisziplinärer Dialog*, Weilerswist, S. 13-35.
- Siebeck, Cornelia (2013): »In ihrer kulturellen Überlieferung wird eine Gesellschaft sichtbar«? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Assmannschen Gedächtnisparadigma, in: Lehmann, René/Öchsner, Florian/Sebal, Gerd (Hrsg.): *Formen und Funktionen sozialen Erinnerens. Sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen*, Wiesbaden, S. 65-90.
- Siebeck, Cornelia (2011): »Im Raume lesen wir die Zeit«? Zum komplexen Verhältnis von Geschichte, Ort und Gedächtnis (nicht nur) in KZ-Gedenkstätten, in: Klei, Alexandra/Stoll, Katrin/Wienert, Annika (Hrsg.): *Die Transformation der Lager. Annäherungen an die Orte nationalsozialistischer Verbrechen*, Bielefeld, S. 69-98.
- Stengel, Katharina/Konitzer, Werner (2008) (Hrsg.): *Opfer als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit*, Frankfurt am Main.
- Taft, Margaret (2013): *From Victim to Survivor. The Emergence and Development of the Holocaust Witness 1941-1949*, London.
- Taubitz, Jan (2016): *Holocaust Oral History und das lange Ende der Zeitzeugenschaft*, Göttingen.
- Tomann, Juliane (2021): Einleitung, in: Stach, Sabine/Tomann, Juliane (Hrsg.): *Historisches Reenactment. Disziplinäre Perspektiven auf ein dynamisches Forschungsfeld*, Berlin, S. 1-26.
- Uhl, Heidemarie (2012): Vom Pathos des Widerstands zur Aura des Authentischen. Die Entdeckung des Zeitzeugen als Epochenschwelle der Erinnerung, in: Sabrow/Frei (Hrsg.), S. 224-246.
- Wagner, Jens-Christian (2001): Das Verschwinden der Lager. Mittelbau-Dora und seine Außenlager im deutsch-deutschen Grenzgebiet nach 1945, in: Knoch, Habbo (Hrsg.): *Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945*, Göttingen, S. 171-190.
- Weinke, Annette (2016): Zeugenschaft von NS-Opfern nach 1945, in: Knigge/Löffelsender/Lüttgenau/Stein (Hrsg.), S. 271-277.

- 
- Wieviorka, Annette (2019): Vorwort, in: Poliakov, Léon: St. Petersburg – Berlin – Paris. Memoiren eines Davongekommenen, Berlin, S. 7-14.
- Wieviorka, Annette (2006): *The Era of the Witness*, Ithaca.
- Withuis, Jolande (2005): *Na het kamp. Vriendschap en politieke strijd*, Amsterdam.
- Withuis, Jolande/Mooij, Annet (2010): Conclusion, in: Dies. (Hrsg.): *The Politics of War Trauma. The Aftermath of World War II in Eleven European Countries*, Amsterdam, S. 323-331.
- Wóycicka, Zofia (2014): *Arrested Mourning. Memory of the Nazi Camps in Poland, 1944-1950*, Frankfurt am Main.



# I. In den Nachfolgegesellschaften des Nationalsozialismus



## VVN, ZDWW und AvS

### *Die Verbände der politischen Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland*

JASCHA MÄRZ

»Es lebe das Bündnis aller antifaschistischen Kräfte Deutschlands!«<sup>1</sup> Dieser Satz aus dem Buchenwalder Manifest drückt die Erwartung vieler ehemaliger politischer KZ-Häftlinge auf einen Zusammenschluss aller Verfolgten aus. Sie hatten Widerstand und Verfolgung erlebt und standen unter dem Eindruck der ersten Tage in Freiheit. Das Fehlen einer geschlossenen Front gegen den Nationalsozialismus galt für sie als einer der Gründe für den Aufstieg von Adolf Hitler zum deutschen Reichskanzler. Aus dieser Überzeugung heraus bildete sich noch im KZ Buchenwald ein Komitee aus Angehörigen der politischen Parteien. Mitglieder waren unter anderem Hermann Brill von der SPD, Walter Wolf von der KPD und Werner Hilpert von der Zentrumspartei. Diese überparteiliche Gruppe forderte angesichts der Erfahrungen, die sie während des Nationalsozialismus gemacht hatte, einen Schulterschluss zwischen den verschiedenen politischen Lagern.<sup>2</sup>

Zu einer Parteibildung auf Basis eines breiten politischen Bündnis kam es in den Besatzungszonen indes nicht. Auch Überlegungen, eine organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu erzielen, wurden nicht umgesetzt.<sup>3</sup> Mit dem Untergang des NS-Regimes war der verbindende Feind besiegt und trennende Elemente rückten zwischen Parteien in den Vordergrund. Trotz dieser Umstände gelang es den ehemaligen KZ-Häftlingen, zunächst überparteiliche Zusammenschlüsse einzurichten. Mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) entstand 1947 eine gesamtdeutsche Organisation mit Landesverbänden in allen Besatzungszonen. In ihr waren kommunistische, sozialdemokratische, christdemokratische und jüdische Mitglieder vereint. In den folgenden Jahren traten jedoch nichtkommunistische Mitglieder aus der

1 Siehe Buchenwalder Manifest vom 19. April 1945, in: Archiv der Gedenkstätte Buchenwald, NZ 488.

2 Zur Darstellung des Volksfrontkomitees und des KZ Buchenwald siehe Niethammer, Lutz (1994) (Hrsg.): *Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald*, Berlin; Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (2006) (Hrsg.): *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 3, München.

3 Vgl. Flechtheim, Ossip K. (1973): *Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland*, Hamburg, S. 212-215; Miller, Susanne (1994): Kurt Schumacher. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Urteil von Zeitgenossen, in: Kocka, Jürgen (Hrsg.): *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag*, München, S. 156-172.

Vereinigung aus und gründeten neue Verfolgtenverbände. Hintergrund dieser Entwicklung waren der beginnende Ost-West-Konflikt und interne Auseinandersetzungen.

Gegenstand des vorliegenden Textes sind die drei größten Opferverbände: die VVN, in der sich nach den Abspaltungen überwiegend kommunistische Verfolgte befanden, die Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS), die als Gründung der SPD alle sozialdemokratischen Verfolgten organisieren sollte, und der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) beziehungsweise der Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen (ZDWW).<sup>4</sup> Neben einer generellen Darstellung der Geschichte der Verbände wird der Umgang der ehemaligen politischen Verfolgten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit behandelt: Inwieweit nahmen die Verbände Einfluss auf die Erinnerungskultur? Welchen Anteil hatten sie an der juristischen Aufarbeitung und der materiellen Entschädigung und welche Einflüsse der jeweiligen Parteien existierten auf die Verbände?

## Verfolgtenverbände in der Nachkriegszeit

Viele der ehemaligen politischen Verfolgten versuchten, sich unmittelbar nach ihrer Befreiung wieder politisch zu betätigen. Die Liste derer, die in kürzester Zeit bedeutende Ämter und Positionen auf kommunaler, regionaler und zentraler Ebene einnehmen konnten, ist lang.<sup>5</sup> Dieses Selbstverständnis, am Neuaufbau partizipieren zu wollen, hatten die Verfolgten in ihrer Gefangenschaft erworben. Sie sahen sich selbst als legitime Anführer eines Neuaufbaus und hatten sich nach ihrer Überzeugung durch die Haft und die erlittene Verfolgung bewiesen.<sup>6</sup> Infolge dieses Anspruchs und der Notwendigkeit von Soforthilfen gründeten sich unabhängig voneinander bereits Mitte 1945 in allen

4 Der Name »BVN« existierte als Bezeichnung für die Bundesorganisation nur bis 1954. Danach übernahm der Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen (ZDWW) die Funktion als Bindeglied der einzelnen bürgerlichen Landesverbände, die sich zum Teil weiterhin BVN nannten.

5 Vgl. Weber, Hermann/Herbst, Andreas (2008): Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin, S. 520; Knigge-Tesche, Renate/Reif-Spirek, Peter (2011) (Hrsg.): Hermann Louis Brill 1895-1959. Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat, Wiesbaden; Meyer, Kristina (2008): Sozialdemokratische NS-Verfolgte und die Vergangenheitspolitik, in: Stengel, Katharina/Konitzer, Werner (Hrsg.): Opfer als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit, Frankfurt am Main, S. 48-66; Schmidt, Wolf Dietrich (1981): »Wir sind die Verfolgten geblieben«. Zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Hamburg 1945-1951, in: Berlin, Jörg (Hrsg.): Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter, Köln, S. 329-356, hier S. 336.

6 Vgl. Schneider, Ulrich (1997): Zukunftsentwurf Antifaschismus. 50 Jahre Wirken der VVN für »eine neue Welt des Friedens und der Freiheit«, Bonn, S. 4.

Besatzungszonen Komitees der ehemaligen Verfolgten. Dabei handelte es sich um Selbsthilfeeinrichtungen, deren Hauptaufgabe in der Soforthilfe lag. Sie wurden aus der Not heraus spontan gegründet und waren nicht als dauerhafte Organisationen geplant.<sup>7</sup> Zunächst stand die Rückführung der Befreiten aus den Haftanstalten im Vordergrund. Waren sie wieder an ihren Heimatorten angekommen, standen Kleidungsspenden, Unterbringung und die Versorgung mit Nahrung im Fokus. Weitere Formen der Unterstützung waren Möbelbeschaffungen, Arbeitsvermittlungen, Erholungsaufenthalte, Beratungen und Vermisstennachforschungen. Diese Selbsthilfe wurde zunächst von den Alliierten unterstützt. Erst im März 1946 wurde in der britischen Besatzungszone eine Anweisung ausgegeben, wonach diese Einrichtungen nicht länger gestattet waren. Das Verbot wurde allerdings nicht mit Vehemenz verfolgt und hatte keine nennenswerten Auswirkungen auf den Fortbestand der Zusammenschlüsse. Die Aufgaben, die zuvor durch die Selbsthilfeeinrichtungen wahrgenommen worden waren, übertrug die Militärregierung auf Stellen mit halbamtlichem Charakter, sogenannte Betreuungsstellen. In der Regel arbeiteten auch hier ehemalige Verfolgte in führenden Positionen.<sup>8</sup>

Neben den Zusammenschlüssen zur Selbsthilfe gründeten ehemalige politische Verfolgte in der unmittelbaren Nachkriegsphase zudem politische Vereinigungen, die oftmals als Antifa-Ausschüsse bezeichnet wurden. Diese Ausschüsse verfolgten vorrangig gesellschaftspolitische Ziele und widersprachen dem noch geltenden Verbot der parteipolitischen Betätigung. Im Mai und Juni 1945 verboten die Besatzungsbehörden die Antifa-Ausschüsse.<sup>9</sup> Mitglieder

7 Vgl. Kessler, Ralf/Peter, Hartmut Rüdiger (1996): Wiedergutmachung im Osten Deutschlands 1945-1953. Grundsätzliche Diskussionen und die Praxis in Sachsen-Anhalt, Frankfurt am Main, S. 26 f.

8 Eine detaillierte Darstellung geleisteter Hilfen, die für andere Selbsthilfeeinrichtungen exemplarisch gilt, gibt der Tätigkeitsbericht vom 23. Juli 1945 der Rückführungsstelle für ehemalige politische Häftlinge in Württemberg-Baden, die später in die VVN aufgenommen wurde, in: VVN Bundesarchiv, 080, Bl. 45 f.; vgl. Schneider (1997), S. 12; Hennig, Regina (1991): Entschädigung und Interessenvertretung der NS-Verfolgten in Niedersachsen, Bielefeld, S. 27 ff.; Reuter, Elke/Hansel, Detlef (1997): Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin, S. 71 ff.; Volmer-Naumann, Julia (2012): Bürokratische Bewältigung. Entschädigung für nationalsozialistisch Verfolgte im Regierungsbezirk Münster, Essen, S. 102.

9 Vgl. Niethammer, Lutz (1976): Aufbau von unten. Die Antifa-Ausschüsse als Bewegung, in: Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal, S. 699-717, hier S. 701 ff.; Brandt, Peter (1976): Die Haltung der Ordnungskräfte zu den Antifas: Zwischen Repression und Integration, in: Niethammer/Borsdorf/Brandt (1976), S. 633-674, hier S. 636 ff.; Niethammer, Lutz/Sywottek, Arnold (1976): Autonome politische Organisation in Deutschland in der Kriegszielpolitik der Anti-Hitler-Koalition, in: Niethammer/Borsdorf/Brandt (1976), S. 105-129; Borsdorf, Ulrich/Niethammer, Lutz (1976) (Hrsg.): Zwischen Befreiung

der Selbsthilfeeinrichtungen und der ehemaligen Antifa-Ausschüsse schlossen sich daraufhin vielerorts auf lokaler Ebene zu neuen Verbänden zusammen. Deren Ziele gingen über die von den anfänglichen Betreuungsstellen geleistete Arbeit hinaus. Unter anderem riefen sie zu Gedenkfeiern für die NS-Opfer auf. Nicht selten konnten sie dabei auf die Teilnahme und Unterstützung durch die jeweiligen Landesregierungen vertrauen. Darüber hinaus war die Entnazifizierung der Gesellschaft für sie ein zentrales Anliegen, die mit der Aufklärung über das Wesen des Nationalsozialismus und der Erforschung des Widerstands einherging.<sup>10</sup>

Schon in der Frühphase lassen sich somit die drei wesentlichen Betätigungsfelder der späteren Verfolgtenorganisationen erkennen, die prägend für die gesamte Zeit bleiben sollten: die soziale Betreuung der Mitglieder, die Einflussnahme auf die politische Entwicklung sowie die Mitgestaltung der Erinnerungskultur. Die Intensität, mit der die Organisationen diese drei Aktivitäten verfolgten, schwankte in den verschiedenen Perioden und war von Verband zu Verband unterschiedlich. Gerade in der Frühphase stand jedoch die Hilfe für die Rückkehr der ehemaligen Verfolgten in ein normales Leben bei allen Verbänden im Vordergrund. Aus dem Anspruch, die eigenen Mitglieder beim Aufbau einer neuen Existenz zu unterstützen, entstand der Bedarf nach politischer Einflussnahme, um gesetzliche Regelungen im Interesse der Verfolgten mitgestalten zu können. Besonders stark zeigt sich dies im Bereich der Wiedergutmachung.<sup>11</sup> Darüber hinaus entwickelte sich aus dem Selbstver-

und Besetzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal; Benser, Günter (1978): Antifa-Ausschüsse – Staatsorgane – Parteiorganisation, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 26, S. 785-802.

10 Vgl. Bericht über die VVN von ihrer Entstehung bis zum Verbotprozess, in: VVN Bundesarchiv, Prozess Geschichte der VVN, 025, Bl. 58 ff.; Michelmann, Jeannette (2002): *Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone*, Köln.

11 Unter dem Begriff der »Wiedergutmachung« versteht man im vorliegenden Text den Versuch, erlittenes Unrecht durch den Nationalsozialismus, wie Schäden an Eigentum, Körper oder Leben, durch finanzielle Leistungen oder die Rückgabe von ehemaligem Eigentum zu kompensieren. Die durch den Begriff suggerierte vollständige Tilgung der Schuld und die Wiederherstellung früherer Verhältnisse wurden jedoch aufgrund der Schwere der NS-Verbrechen nicht erreicht. Dies galt insbesondere deshalb, da unter dem Begriff der »Wiedergutmachung« ausschließlich eine materielle Entschädigung verstanden wurde. Der Versuch, eine moralische Schuld allein durch eine materielle Wiedergutmachung zu tilgen, zeigt das Unvermögen der jungen Bundesrepublik, zusätzlich andere Formen einer »Wiedergutmachung« zu finden. In der Wissenschaft konnte sich der Begriff für die materielle Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts trotz dieser Probleme durchsetzen. Siehe Hockerts, Hans Günther/Moisel, Claudia/Winstel, Tobias (2006) (Hrsg.): *Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945-2000*, Göttingen; Frei, Norbert/Brunner, José/Goschler, Constantin (2009) (Hrsg.): *Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel*, Göttingen; Irmer, Thomas (2011): *Wiedergutmachung*, in: Benz, Wolf-

ständnis der Organisationen der Anspruch auf Einfluss auf die Gestaltung des Wiederaufbaus. Als drittes Betätigungsfeld widmeten sich die Organisationen der Darstellung und Erforschung der eigenen Geschichte und förderte damit die Anerkennung der eigenen Verfolgung.<sup>12</sup>

Um ihre Bedeutung zu vergrößern, schlossen sich die lokalen Verbände im Verlauf der Jahre 1946/1947 zu Landesverbänden zusammen. Obgleich die meisten Verbände auf Länderebene erst 1947 offiziell gegründet wurden, existierten sie de facto meist bereits früher. Mit der Gründung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes am 26. Oktober 1946 etablierte sich der Name, unter dem sich zukünftige Landesverbände formierten. Auf der Gründungskonferenz der Vereinigung in Düsseldorf begrüßte Ministerpräsident Rudolf Amelunxen die Bildung des Verbands mit den Worten, dass »niemand das eigene Volk und die Menschheit mehr geliebt [hat] als die Verfolgten, Verfeimten, Verachteten«.<sup>13</sup> Neben ihm waren weitere Kabinettsmitglieder und Spitzenbeamte bei der Gründungskonferenz anwesend. Obgleich die überwiegende Zahl der teilnehmenden Repräsentanten der Politik selbst zum Kreis der Verfolgten gezählt hatte, zeigt sich mit ihrer Anwesenheit sowohl die Bedeutung der Verfolgtenorganisation als auch die der Verfolgten in der Frühphase.

Kurz nach der Gründung in Düsseldorf traten am 23. November 1946 auch in Berlin Vertreter von lokalen Verbänden zusammen, um die Gründung der Berliner VVN zu beschließen. Trotz der beginnenden Annäherung einzelner Landesverbände durch gleiche Namensgebung, entstanden bis Ende 1947 in fast allen Ländern heterogene VVN-Organisationen mit unterschiedlichen Satzungen. Dieser föderative Charakter der Verfolgtenorganisationen überdauerte weitestgehend alle Perioden der Organisationsgeschichte.<sup>14</sup>

Bereits vor den offiziellen Gründungen der Landesverbände hatten deren Vertreter auf der Ebene der Besatzungszonen Kontakte untereinander aufgenommen. Die Landesverbände in der britischen Zone bildeten zusammen einen britischen Zonenausschuss, der durch jeweils zwei Vertreter der einzelnen Verbände besetzt wurde und monatlich in Hamburg tagte. Geleitet wurde dieser Zonenausschuss durch die Vorstandsmitglieder Peter Lütsches (CDU), Franz Heitges (KPD) und Leo Radtke (SPD), die bereits im Frühjahr 1946 ein Treffen mit Verfolgtenvertretern aller Besatzungszonen anregten.<sup>15</sup> Die Idee

gang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/Boston, S. 435-438.

12 Vgl. Schmid, Harald (2008): »Wiedergutmachung« und Erinnerung. Die Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen, in: Stengel/Konitzer, S. 27-47.

13 Zit. nach »Das Recht auf Widerstand!«, in: VVN Bundesarchiv, 072.

14 Vgl. Bericht über die VVN von ihrer Entstehung bis zum Verbotsprozess, in: VVN Bundesarchiv, Prozess Geschichte der VVN, 025, Bl. 64.

15 Zu Peter Lütsches siehe Buchstab, Günter/Kaff, Brigitte/Kleinmann, Hans-Otto

eines Treffens konnte im Juli 1946 in Frankfurt am Main umgesetzt werden.<sup>16</sup> Auf diesem ersten Treffen ging es um grundsätzliche organisatorische Fragen wie die Errichtung eines Interzonensekretariats. Man konnte sich auf einen einheitlichen Namen einigen, der wenige Monate später bei der Gründung von Landesverbänden Verwendung fand. Der Namensfindung war allerdings laut dem KPD/DKP- und VVN-Funktionär Emil Carlebach ein längerer Prozess vorangegangen. Erste Überlegungen, einen »Kampfbund gegen den Faschismus« zu gründen, seien auf die Ablehnung der westlichen Besatzungsmächte gestoßen: »Sie seien bereit, eine Organisation der Verfolgten, nicht der Gegner, sondern der Opfer des Faschismus zu erlauben.«<sup>17</sup>

Nach Darstellung von Carlebach kam es zu einer Besprechung zwischen kommunistischen Vertretern aus den Westzonen und der sowjetischen Besatzungszone. Um trotz der Auflagen der westlichen Besatzungsmächte eine einheitliche Organisation gründen zu können, hätten die Vertreter der Ostzone einer Organisation mit Betonung auf Verfolgung zugestimmt. Die Sonderpublikation des Bundesamts für Verfassungsschutz über die VVN aus dem Jahr 1997 sah in der Absprache über einen geeigneten Namen eine grundsätzliche Strategie der Kommunisten zur Unterhöhlung des Westens.<sup>18</sup> Allerdings scheinen die ersten überregionalen Zusammenschlüsse ein Ausdruck der angespannten Lebenssituation der ehemaligen Verfolgten gewesen zu sein. Das zeigt unter anderem der Bericht über die Arbeitstagung ehemaliger Verfolgter in Frankfurt am Main im Mai 1946. Die Unzufriedenheit wurde aus dem Gefühl gespeist, dass den ehemaligen Verfolgten keine finanzielle und gesellschaftliche Wiedergutmachung zukomme, während die Öffentlichkeit ihr Leid verkenne und belastete Bevölkerungsteile wieder in Ämter gelangten. In Hessen führte das zur Forderung nach einer überparteilichen Interessenvertretung namens Hilfsausschuss ehemalig politisch Verfolgter Groß Hessen, die letztlich nichts anderes als eine Vorstufe der VVN war.<sup>19</sup>

(1986) (Hrsg.): *Verfolgung und Widerstand 1933-1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf, S. 100-105.

- 16 Lediglich der Berliner ODF-Ausschuss nahm an dem interzonalen Treffen nicht teil. Auch die britische Militärregierung unterstützte nun einen Zusammenschluss aller NS Verfolgten. Vgl. Volmer-Naumann (2012), S. 103f.
- 17 Zit. nach Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten (1987) (Hrsg.): *Von Buchenwald bis Hasselbach. Organisierter Antifaschismus von 1945 bis heute*, Köln, S. 14.
- 18 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (1997) (Hrsg.): »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN/BdA). *Organisation – Entwicklung – Aktionsfelder – Wirkungen 1947-1997*, Köln, S. 31 ff.; siehe auch Blank, Bettina (2000): »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA), in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* 12, S. 224-239, hier S. 225; Schneider (1997), S. 18.
- 19 Vgl. Bericht über die Arbeitstagung in Frankfurt am Main am 11. Mai 1946, in: VVN Bundesarchiv, Tagungen anderer Länder. A-G. 056A.

Patrick Major beschreibt in *The Death of the KPD*, dass sich die westdeutsche KPD bei der Gründung der VVN nicht an der SED orientiert hätte und impliziert, dass es sich bei der VVN um eine genuine Gründung der KPD gehandelt hätte. Ohne ein Pendant in der Ostzone und ohne schriftliche Anweisungen aus dem Osten scheint nur diese Möglichkeit offen. Eine derartige Initiative der KPD war, wie Major angibt, jedoch selten.<sup>20</sup> Belege dafür, dass die ersten Initiativen in der US-Zone vom August 1945 durch die KPD gelenkt wurden, führt Major nicht an. Allein die Überschneidung der politischen Parolen von VVN und KPD dienen als Argument. Ein originäres Verlangen der ehemaligen Verfolgten nach einem Zusammenschluss wird nicht in Betracht gezogen. Nach späteren Aussagen der VVN diene die Besprechung der Hauptausschüsse aller Zonen im Juli 1946 »ausschließlich dem Zwecke [...], über alle Zonen hinweg zu einer einigen Zusammenfassung aller deutschen Kameraden zu gelangen«.<sup>21</sup>

Auf der 1. interzonalen Länderkonferenz der VVN im März 1947, die in Frankfurt am Main stattfand und zugleich der Gründungskongress der zonenübergreifenden VVN war, kamen 68 Delegierte der vier deutschen Besatzungszonen und der Stadt Berlin sowie 62 Gäste aus 21 Ländern zusammen. Die hessische Regierung und der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb hatten das Patronat der Tagung übernommen. Anwesend waren darüber hinaus Vertreter der Länderregierungen, der Parteien und Gewerkschaften. Die Gründung der gesamtdeutschen VVN wurde unter anderem von Konrad Adenauer begrüßt, während sie von Kurt Schumacher als künftiges Problem wahrgenommen wurde.<sup>22</sup>

Welchen Charakter sich die Delegierten für die gerade geschaffene Organisation vorstellten und mit welcher Selbstverständlichkeit sie ihre Forderungen zukünftig vertreten wollten, zeigte sich bereits beim ersten Tagesordnungspunkt »Widerstandsbewegung und der Friedensvertrag«. Während auf der Moskauer Außenministerkonferenz über einen Friedensvertrag beraten wurde, forderte der Publizist und Buchenwaldüberlebende Eugen Kogon, dass Vertreter der VVN nach Moskau reisen sollten, um vor Ort Vorschläge zu unterbreiten.<sup>23</sup> Im weiteren Verlauf des Gründungskongresses waren die wesentlichen

20 Siehe Major, Patrick (1997): *Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West-Germany*, London, S. 216.

21 Zit. nach VVN-NRW (2002) (Hrsg.): *Streiflichter aus 50 Jahren Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Nordrhein-Westfalen*, S. 21.

22 Vgl. Spornol, Boris (2010): *Wiedergutmachung und Kalter Krieg. Der Umgang mit kommunistischen NS-Verfolgten in Westdeutschland*, Dissertation, Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 36; siehe auch Schmeitzner, Mike (2007): *Der Totalitarismusbegriff Kurt Schumachers. Politische Intention und praktische Wirksamkeit*, in: Ders. (Hrsg.): *Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert*, Göttingen, S. 249-282, hier S. 253 ff.; Potthoff, Heinrich (1996): *Kurt Schumacher – Sozialdemokraten und Kommunisten*, in: Dowe, S. 133-148.

23 Vgl. Eugen Kogons Rede auf dem Gründungskongress der VVN in Frankfurt am

Beschlüsse die Bildung eines Rates der VVN, der die Gesamtvertretung der Organisation darstellte, und die Bildung eines Interzonensekretariats in Hamburg. Für den Bereich der erinnerungskulturellen Arbeit wurden ebenfalls Beschlüsse getroffen. Der Grundstein für eine von der VVN geleitete Erinnerungskultur sollte mit der Forderung nach einem jährlichen deutschlandweiten Gedenktag für die NS-Opfer gelegt werden.<sup>24</sup>

Nach dem Gründungskongress im März 1947 nahm der Rat der VVN seine Arbeit auf. Er regte an, in allen Ländern Forschungsstellen zur Geschichte des deutschen Widerstands zu schaffen. Darüber hinaus empfahl man den Landesverbänden, Ausstellungen und Gedenkfeiern durchzuführen. Auf Orts-, Kreis- und Landesebene betätigten sich die Verbände insbesondere für die finanzielle Wiedergutmachung ihrer Mitglieder. Die VVN gab an, bis zur Verabschiedung des Bundesergänzungsgesetzes im Jahr 1953 etwa 495.000 Anträge erledigt, 175.000 Gesetzestexte und Verordnungen gedruckt und circa 590 Lehrgänge für Sozialberater veranstaltet zu haben.<sup>25</sup>

Daneben richtete sich die Aktivität des Rats auf politische Themen, was zu ersten internen Konflikten führte. Auf der im September 1947 in Berlin abgehaltenen Länderkonferenz habe es Versuche gegeben, »der VVN ein unpolitisches Aufgabengebiet zuzuweisen«.<sup>26</sup> Wer die Urheber dieses Versuchs gewesen sein sollen, ist unbekannt. Die Mehrheit habe jedoch »die besondere politische Aufgabenstellung der VVN« betont.<sup>27</sup> Berücksichtigt werden muss hierbei die Mitgliederstruktur der frühen VVN, die insbesondere eine Vertretung der politischen Verfolgten war. Bei ihnen handelte es sich vorwiegend um kommunistische, sozialdemokratische und gewerkschaftliche und im geringeren Maße um bürgerliche NS-Gegner, die aktiv Widerstand geleistet hatten oder aufgrund ihrer politischen Position verfolgt worden waren. Zwar befanden sich auch rassistisch und religiös Verfolgte in den Vereinsreihen, jedoch waren diese kaum in Führungspositionen vertreten. Darüber hinaus schloss die VVN

Main im Bericht über die VVN von ihrer Entstehung bis zum Verbotsprozess, in: VVN Bundesarchiv, Prozess Geschichte der VVN, 025, Bl. 65-68. Eugen Kogon verbrachte aufgrund seiner Widerstandstätigkeit sechs Jahre im KZ Buchenwald. Als Publizist erlangte er größere Bekanntheit und war eine wichtige Stimme der Verfolgten des Nationalsozialismus. Siehe Knigge, Volkhard (2007): »Die organisierte Hölle«. Eugen Kogons ambivalente Zeugenschaft, in: Danyel, Jürgen/Kirsch, Jan-Holger/Sabrow, Martin (Hrsg.): 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen S. 24-28; Habicht, Hubert (1982) (Hrsg.): Eugen Kogon – ein politischer Publizist in Hessen. Essays, Aufsätze und Reden zwischen 1946 und 1982, Frankfurt am Main.

24 Vgl. Bericht über die VVN von ihrer Entstehung bis zum Verbotsprozess, in: VVN Bundesarchiv, Prozess Geschichte der VVN, 025, Bl. 65-71.

25 Vgl. Sozialarbeit der VVN Hessen von 1947 bis Mai 1956, in: VVN Bundesarchiv, 025, Bl. 171.

26 Zit. nach Bericht über die VVN von ihrer Entstehung bis zum Verbotsprozess, in: VVN Bundesarchiv, Prozess Geschichte der VVN, 025, Bl. 74.

27 Zit. nach ebd., Bl. 74.

Personen von einer Mitgliedschaft aus, die mehrfach aus nicht politischen Gründen vorbestraft waren, die in die NSDAP oder eine ihrer Gliederungen eingetreten waren, die für die SS, den SD oder die Gestapo gearbeitet hatten, die sich in der Haft »unkameradschaftlich«<sup>28</sup> verhalten hatten oder sich weigerten, für die Ziele der VVN einzutreten.<sup>29</sup> Pauschal ausgeschlossen von jeglicher Vertretung durch die VVN waren zu Beginn NS-Opfer, die als »Kriminelle« und »Asoziale« kategorisiert worden waren und aus Sicht der VVN nicht von spezifischen NS-Verfolgungsmaßnahmen betroffen gewesen waren. Sie folgten damit den Statuten der amerikanischen Militärregierung, wonach jemand nur als Verfolgter galt, wenn er wegen seiner »Farbe, Rasse, Religion, politischen Überzeugung oder Aktivitäten zugunsten der Vereinten Nationen« verfolgt worden war.<sup>30</sup>

Deutschlandpolitisch setzte sich die frühe VVN für die nationale Einheit ein. Damit folgte sie sowohl dem Programm von Kurt Schumacher, als auch insbesondere dem Programm der SED, die als zentrales Ziel die »Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch demokratische Republik« vorsah.<sup>31</sup> Konrad Adenauer hingegen hielt die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches »bis auf weiteres« für verloren und forcierte vor allem die Westanbindung.<sup>32</sup> Mit einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mit-

28 Eine Definition, was konkret als »unkameradschaftlich« angesehen wurde, scheint nicht bestanden zu haben. Einzelnen kommunistischen VVN-Mitgliedern wie Ernst Busse, Robert Siewert und Willy Kalinke, warf die SED-Führung Fehlverhalten gegenüber Mitgefangenen während ihrer Haftzeit vor. Sie wurden ihrer politischen Ämter enthoben und teilweise zu Haftstrafen verurteilt. In vielen Fällen bestand eine direkte Verbindung zur Tätigkeit der Beschuldigten als Funktionshäftlinge in Konzentrationslagern. Ein genereller Ausschluss von Funktionshäftlingen, die als sogenannte Kapos Aufgaben im System der Häftlingsselbstverwaltung übernommen hatten und hierdurch in ein Spannungsfeld zwischen Hilfe für Mitgefangene und Mittäterschaft gerieten, fand in der VVN allerdings nicht statt. Vgl. Niethammer (1994), S. 77 ff.

29 Vgl. Geschichte der VVN, in: VVN Bundesarchiv, 024A; Berthold Grywatz, Die Verfolgung des Nationalsozialismus in der deutschen Nachkriegspolitik (1945-1950), in: Archiv der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (AGDW), S. 102-124 und 133-151.

30 Vgl. Herf, Jeffrey (1998): Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin, S. 101 ff.; Groehler, Olaf (1993): Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949, in: Kocka, Jürgen (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin, S. 105-127; Goschler, Constantin (1992): Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus 1945-1954, München/Wien/Oldenburg, S. 74 und 196.

31 Zit. nach Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen (2009): Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München, S. 39; vgl. Brandt, Peter (1996): Demokratischer Sozialismus – Deutsche Einheit – Europäische Friedensordnung. Kurt Schumacher in der Nachkriegspolitik (1945-1952), in: Dowe, S. 35-56.

32 Zit. nach Morsey, Rudolf (1994): Die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers, in: Historisch-politische Mitteilungen 1, S. 1-14, hier S. 2.

gliedermehrheit setzten sich die Befürworter der Einheit in der VVN durch. Auf der Tagung des Rates der VVN im Dezember 1947 beriet man über ein eigenes Manifest, das an das Treffen der Außenminister in London geschickt wurde. Darin wurde bedauert, dass die deutschen Parteien nicht geschlossen für die Deutsche Einheit eintraten. In diesem Kontext wählte man einen Ausschuss für Friedensfragen, dem Propst Heinrich Grüber (1891-1975) vorsitzen sollte. Die Aufgabe des Ausschusses lag darin, Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften anzuschreiben, um für eine einheitliche Haltung im Hinblick auf kommende Friedensverhandlungen zu werben.<sup>33</sup>

### Positionierungen im beginnenden Kalten Krieg

Die Entscheidung, die eigenen Aktivitäten auf politische Themen auszudehnen, führte auf Länderebene und im Rat der VVN zu Auseinandersetzungen. Die Frontstellungen, die es ohnehin aufgrund der Pluralität der verschiedenen Parteien innerhalb der Organisation gab, wurden durch die Konflikte des Kalten Kriegs zu Gräben zwischen den ehemals politischen Verfolgten. Mit der Zuspitzung des Ost-West-Konflikts ergaben sich immer weniger verhandelbare Positionen. Bei der Tagung des Rates der VVN im Februar 1948 einigte man sich erst nach langen Diskussionen auf die Forderung nach einer Liquidierung der Internierungslager in allen Zonen und der Überstellung der Inhaftierten vor ordentliche Gerichte.<sup>34</sup> Vertreter der westlichen Besatzungszonen hatten kritisiert, dass der Rat der VVN und die VVN in der SBZ einen Mantel des Schweigens über die sowjetischen Speziallager im Osten legten. In den *VVN-Nachrichten* vertrat Karl Schirdewan allerdings trotz des Beschlusses die kommunistische Deutung, wonach in den Lagern ausschließlich ehemalige Nationalsozialisten inhaftiert seien.<sup>35</sup> Als Mitglied des Zentralkomitees der SED folgte Schirdewan damit der offiziellen Rechtfertigung. Nach heutigem Forschungsstand waren in den Speziallagern von 1945 bis 1950 überwiegend Funktionsträger des NS interniert, unter ihnen auch solche, die schwerste Verbrechen begangen hatten, zum Teil wurden aber auch Unbelastete festgehalten – ohne rechtsstaatliche Verfahren. Offiziellen sowjetischen Angaben zufolge waren insgesamt 157.837 Personen interniert, von denen 43.035 Per-

33 Vgl. Bericht über die VVN von ihrer Entstehung bis zum Verbotsprozess, in: VVN Bundesarchiv, Prozess Geschichte der VVN, 025, Bl. 74; Winkler, Dieter (1993): Heinrich Grüber – Protestierender Christ: Berlin-Kaulsdorf (1934-1945), Berlin; Rink, Sigurd (1996): Der Bevollmächtigte. Probst Grüber und die Regierung in der DDR, Stuttgart.

34 Vgl. Geschichte der VVN, in: VVN Bundesarchiv, 024A, Bl. 1-16.

35 Vgl. VVN-Nachrichten britische Zone (38), 3. I. 1948.

sonen an Entkräftung und Krankheiten, durch Mangelernährung, fehlende medizinische Versorgung und Isolation starben.<sup>36</sup>

Die Auseinandersetzung um die sowjetischen Speziallager war allerdings nicht der einzige Konflikt. Mitglieder der West-VVN stießen sich daran, dass die Westmächte durch kommunistische Mitglieder und vor allem durch die Ost-VVN wiederholt als wortbrüchig und kriegstreibend dargestellt wurden, wohingegen der Sowjetzone eine gelungene Entnazifizierung attestiert wurde. So entstand aufseiten der nichtkommunistischen VVN-Mitglieder die Forderung, nur die jeweils eigene Besatzungsmacht und Partei zu kritisieren.<sup>37</sup> Die internen Differenzen entstanden dabei auch durch die verhärteten Fronten der politischen Parteien, die zum Erreichen ihrer Interessen jeweils unterschiedliche erinnerungspolitische Forderungen an die Organisation stellten.

Der Parteivorstand der SPD in den westlichen Besatzungszonen drängte schon früh auf eine Trennung von den Kommunisten. Spätestens durch die Zwangsvereinigung zur SED in der SBZ und dem wachsenden Antikommunismus in der Gesellschaft wurden die Trennungsversuche intensiviert. Ein Vorstandsbeschluss der SPD vom November 1946, wonach eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten in der VVN verhindert werden sollte, konnte den Zusammenschluss der NS-Verfolgten jedoch nicht stoppen. Trotz Warnungen vor einer kommunistischen Instrumentalisierung lassen sich kaum Auswirkungen auf die sozialdemokratischen Mitglieder der VVN nachweisen.<sup>38</sup> Ganz selbstverständlich traten Sozialdemokraten in die VVN ein oder halfen auf verschiedenen Ebenen bei der Gründung der Vereinigungen mit. Trotz Vorbehalten bei sozialdemokratischen VVN-Mitgliedern erklärte der Parteivorstand der SPD am 6. Mai 1948 die Mitgliedschaft in der Partei für unvereinbar mit einer

36 Vgl. Landau, Julia/Heitzer, Enrico (2021): Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Zwischen Entnazifizierung und Besatzungspolitik. Die sowjetischen Speziallager 1945-1950 im Kontext, Göttingen, S. 12 f.; Plato, Alexander von (1998) (Hrsg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1, Studien und Berichte, Berlin; Reif-Spirek, Ralf/Ritscher, Bodo (1999) (Hrsg.): Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit »doppelter Vergangenheit«, Berlin.

37 Vgl. Beiträge für die VVN-Nachrichten, in: VVN Bundesarchiv, 072; Bericht über die VVN von ihrer Entstehung bis zum Verbotsprozess, in: VVN Bundesarchiv, Prozess Geschichte der VVN, 025, Bl. 78; Protokoll der Ratstagung am 2. und 3. April 1949 in Bad Salzhausen, in: VVN Bundesarchiv, 024B.

38 Vgl. »Die Vergangenheit nicht verdrängen, sondern aus ihr lernen!«, in: AVS Informationsdienst (6), Juni 1983. Zum Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit siehe Miller, Susanne (1986): Die Behandlung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der SPD nach 1945, in: Büttner, Ursula (Hrsg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2, Hamburg, S. 407-420, hier S. 407 ff.; Meyer, Kristina (2009): Verfolgung, Verdrängung, Vermittlung. Die SPD und ihre NS-Verfolgten, in: Frei, Norbert/Brunner, José/Goschler, Constantin (Hrsg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen, S. 159-202; Meyer (2008), S. 48-66; Meyer, Kristina (2015): Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990, Göttingen.

Mitgliedschaft in der VVN. Dem Bedürfnis nach einer eigenen Organisation wollte man mit der Gründung der AvS nachkommen. Diese war als parteieigene Arbeitsgemeinschaft in der SPD organisiert, konnte eine Bindungswirkung auf die sozialdemokratischen Verfolgten allerdings kaum entfalten.<sup>39</sup>

Bei den Delegierten verursachte die Nachricht über den Unvereinbarkeitsbeschluss auf der nächsten VVN-Konferenz »allgemeines Erstaunen«. In der Ausgabe vom 10. Juni 1948 berichtete *Die Welt* von einer »überwältigenden Mehrheit« der sozialdemokratischen Mitglieder der VVN, die sich gegen diesen Beschluss aussprachen und forderten, dass »ein Beschluß von derartiger Tragweite [...] nur durch eine Abstimmung aller der SPD angehörenden ehemaligen politischen Gefangenen als verbindlich erklärt werden [könne]«. <sup>40</sup> Auf dem Parteitag der SPD im September 1948 wurde der Unvereinbarkeitsbeschluss mit einer großen Mehrheit von 366 stimmberechtigten Delegierten bei 21 Gegenstimmen jedoch angenommen.<sup>41</sup> Insbesondere die Verfolgungs- und Sanktionierungspraxis der SED, die seit Juli 1948 auch Sozialdemokraten traf, führte bei vielen Mitgliedern zu der Überzeugung, dass ein weiteres Zusammenarbeiten nicht möglich sei.<sup>42</sup> Unter dem Druck des Beschlusses verließen vorwiegend Parteifunktionäre der SPD die VVN, während die Mehrheit der sozialdemokratischen NS-Verfolgten den Unvereinbarkeitsbeschluss zunächst aufgrund der mangelnden Alternative zur VVN ignorierte. Konsequenzen mussten die SPD-Mitglieder nur in den seltensten Fällen befürchten.<sup>43</sup>

VVN-Mitglieder aus CDU und FDP erhielten durch ihre Parteivorstände zunächst keinen Unvereinbarkeitsbeschluss vorgesetzt, obwohl es auch dort auf Landes- und Bundesebene zu derartigen Überlegungen kam. Ende 1948 erklärte die CDU in Württemberg-Baden: »Da die VVN der Aufforderung der CDU zur Ablehnung der KZ-Methoden in der russisch besetzten Zone nicht entsprochen hat, sieht sich die Partei gezwungen, ihre Verbindungen zur VVN zu lösen. Den Mitgliedern der CDU wird empfohlen, ihre Mitgliedschaft bei der VVN aufzugeben.«<sup>44</sup> Auch der Landesvorsitzende der Demokratischen Volkspartei (DVP) in Württemberg-Baden, die später im Landesverband der FDP aufging, stellte in einem Schreiben vom 30. September 1948 an den Landesvorstand der VVN klar, dass eine Zusammenarbeit nicht länger möglich

39 Vgl. Meyer (2008), S. 55 f.; Meyer (2015), S. 81.

40 Zit. nach Bericht über VVN-Konferenz, in: *Die Welt*, 10. 6. 1948.

41 Vgl. Protokoll des Parteitages der SPD vom 11. bis zum 14. September 1948 in Düsseldorf, in: VVN Bundesarchiv, Politische Parteien und Gewerkschaften.

42 Vgl. Malycha/Winters (2009), S. 79 ff.; Malycha, Andreas (1996): *Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950*, Berlin, S. 119 ff.

43 Vgl. Major (1997), S. 217; Goschler (1992), S. 194 ff.; Heinz Putzrath an Günther Mayer, 4. 12. 1986, in: AdsD, AvS Schriftwechsel 1985-1986 K-Z, 186.

44 Zit. nach Schreiben der CDU Landesgeschäftsstelle Nord-Württemberg an die VVN Württemberg-Baden, 19. 11. 1948, in: VVN Bundesarchiv, Politische Parteien und Gewerkschaften.

sei. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass »sich der Landesausschuss [der VVN] dagegen verwahrt die Verhältnisse in der Ostzone mit den Nazigreueln zu vergleichen«. Für den Landesvorsitzenden der DVP galt jedoch: »Terror ist aber in der Ostzone noch rücksichtsloser als er unter den Nazis war und die Zahl der Gemordeten ist wahrscheinlich heute nicht mehr geringer.«<sup>45</sup> Am 24. September 1950 beschloss der Bundeshauptausschuss der FDP den Unvereinbarkeitsbeschluss mit der VVN.<sup>46</sup> Die Höherstellung der stalinistischen Verbrechen war nicht nur die Diffamierung eines politischen Gegners, sondern zugleich Ausdruck des Umgangs von Teilen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft mit ihrer NS-Vergangenheit. Die Relativierung folgte dem Wunsch nach Verdrängung der persönlichen und kollektiven Verantwortung für NS-Verbrechen und steigerte sich in die konkrete Forderung nach Beendigung der Entnazifizierung.

Bereits seit 1948 nahmen in den VVN-Landesverbänden die Kontroversen zwischen den Parteigruppen zu. Die kommunistischen und die übrigen Vertreter der VVN besaßen unversöhnliche Standpunkte zu den wichtigsten Ereignissen der frühen Nachkriegszeit, wie der Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED im April 1946, der Initiative der SED zur Volkskongressbewegung Ende 1947, dem von der Sowjetunion abgelehnten Marshall-Plan aus dem Jahr 1948 und der Berlin-Blockade von Mitte 1948 bis Mitte 1949. Diese Grundkonstellation bot den Nährboden für den Austritt nichtkommunistischer Mitglieder und deren späteren Zusammenschluss im BVN. Der wichtigste Akteur dabei war Peter Lütsches (1898-1959). Er musste 1935 aufgrund eines Haftbefehls in die Niederlande emigrieren und saß insgesamt fünf Jahre in Gefängnissen und im Konzentrationslager Sachsenhausen. Nach dem Krieg schloss er sich der CDU in Düsseldorf an und stieg bis zum Landtagsabgeordneten auf. Darüber hinaus war Lütsches maßgeblich an der Gründung der VVN beteiligt, für die er zunächst den *VVN-Pressedienst* und später die *VVN-Nachrichten* herausgab.<sup>47</sup>

Durch den Konflikt zwischen Ost und West wurde das Arrangement im Hinblick auf eine Überparteilichkeit in der Redaktion der *VVN-Nachrichten* nach und nach unmöglich. In dieser Situation gab Lütsches Anfang 1949 in der Verbandszeitung der VVN eine klare Stellungnahme gegen die Verhältnisse

45 Zit. nach Schreiben des geschäftsführenden Landesvorsitzenden der Demokratischen Volkspartei (DVP) in Württemberg-Baden an die VVN Württemberg-Baden, 30. 9. 1948, in: VVN Bundesarchiv, Politische Parteien und Gewerkschaften.

46 Vgl. Rundschreiben des Landesverbandes der VVN NRW an alle Kreisvereinigungen der VVN NRW, 10. 10. 1950, in: VVN Bundesarchiv, US Zone, 075.

47 Vgl. Beaugrand, Günter (1997): Zeitzeuge am Redaktionstisch. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) im Spiegel ihrer Presseorgane, in: Historisch-politische Mitteilungen 4, S. 261-281, hier S. 261-273; Beaugrand, Günter (2004): Zwischen Widerstand und Wiedergutmachung. Erfahrungsbericht eines Journalisten aus dem Umfeld der Verfolgten des Naziregimes (1947-1953), Münster, S. 21 ff.

im Osten ab und prangerte die Speziallager der SBZ an.<sup>48</sup> Die Redaktion der *VVN-Nachrichten* wurde ähnlich wie der Rat der VVN und andere Gremien formal paritätisch geleitet und besaß mit Ernst Saalwächter und Franz Heitgres auch zwei kommunistische Mitglieder. Diese konnten sich innerhalb der Redaktion jedoch nicht durchsetzen. Während die kommunistischen Mitglieder des Rats der VVN über Lütsches' Darstellung empört waren, publizierte ihr eigenes Organ weiterhin kritische Artikel. Die bereits angespannte Situation spitzte sich durch die Feier zum Befreiungstag in Hamburg im Mai 1949 durch die Rede von Walter Bartel, dem persönlichen Referenten von Wilhelm Pieck, weiter zu, der den Senat und die SPD offen kritisierte. Für jeden Teilnehmer sichtbar wurde der Bruch noch während der Feierlichkeiten, als der Vertreter der Jüdischen Gemeinde sowie Staatskommissar Philipp Auerbach die Rednertribüne nach Bartels Worten demonstrativ verließen. Die Presse griff das Geschehen mehrheitlich aus einer antikommunistischen Sicht auf. Die Einweihung des Ehrenmals geriet dabei in den Hintergrund.<sup>49</sup> Der Rat der VVN versuchte zwar bereits einen Tag nach dem Eklat, ein Auseinanderbrechen durch einen Beschluss zu verhindern. Doch die schwammige Formulierung, die »VVN wird bei allen Veranstaltungen ihren überparteilichen Charakter unter Beweis stellen und ihre ganze Kraft in den Kampf für den Frieden stellen«,<sup>50</sup> konnte genauso wenig wie eine öffentliche Entschuldigung die gewünschte Entlastung bringen.<sup>51</sup>

Eine direkte Folge waren die Gründung des Landesrates für Freiheit und Recht (LFR) in Bayern als bürgerlich-sozialdemokratische Abspaltung von der VVN und zahlreiche Austritte von prominenten Mitgliedern. Intern löste das Hamburger Befreiungstreffen ebenfalls ein Beben aus. Wolfgang Müller (1901-1986) plädierte aufgrund der Erfahrungen mit der Ost-VVN, die für ihn die Hauptschuld an der gescheiterten Überparteilichkeit trug, für eine Abspaltung der West-VVN. Müller, der als Offizier am militärischen Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 beteiligt gewesen war, übernahm später einen Sitz im Vorstand der VVN für die britische Zone. Zusammen mit Lütsches war er nicht nur Teilnehmer des Gründungskongresses der VVN gewesen, beide waren auch leitend in der Redaktion der *VVN-Nachrichten* beschäftigt. Müller und Lütsches waren sich einig, dass radikale Veränderungen nötig seien, um die Organisation am Leben zu halten. Im Juni 1949 luden beide zu einem Treffen nichtkommunistischer VVN-Mitglieder in Düsseldorf ein. Die dabei erhobenen Forderungen wurden eine Woche später in den *VVN-Nachrichten*

48 Vgl. Peter Lütsches, Eine offene Frage: Warum schweigt man zu den Verhältnissen im Osten, in: *VVN-Nachrichten* (9), 1949.

49 Vgl. Proteste beim VVN-Treffen, in: *Hamburger Echo*, 10. 5. 1949; Mahnung an die Lebenden, in: *Weser Kurier*, 10. 5. 1949.

50 Zit. nach Protokoll der Tagung des Rates der VVN in Hamburg am 9. Mai 1949, in: *VVN Bundesarchiv, Prozess Geschichte der VVN* 025, Bl. 91.

51 Vgl. Der Vorstand bedauert, in: *Die Welt*, 14. 5. 1949.

als Resolution veröffentlicht. Sie umfassten mit dem Einsatz für eine »gerechte Wiedergutmachung« und gegen die »Überreste des Nationalsozialismus, des Antisemitismus und des Militarismus« wesentliche Forderungen der kommunistischen Verfolgten.<sup>52</sup> Verknüpft waren die Forderungen jedoch mit dem prinzipiellen Schutz der Menschenrechte und verwiesen damit direkt auf die Speziallager in der SBZ. Darüber hinaus wurde erneut die Aufgabe der politischen Einflussnahme gefordert.<sup>53</sup>

Neben den Differenzen in der Ausrichtung der VVN wurde auch die Frage der zukünftigen Organisationsstrukturen zu einer unüberwindbaren Hürde. In der Resolution wurde die Bildung eines Deutschen Rats der VVN gefordert, der sich aus einem ost- und einem westdeutschen Komitee zusammensetzen sollte. Die Idee war, einen Bruch mit der Ost-VVN zu erwirken. Eine derartige Entwicklung der Organisation stand allerdings konträr zu den Zielen der kommunistischen Führungsmitglieder der VVN, die im Sinne der Bündnispolitik der SED agierten.<sup>54</sup> In dieser Lage entschied die Redaktion der *VVN-Nachrichten*, sich durch eine Umbenennung der Zeitung freier in ihrer Arbeit zu machen. Dies schien insofern erforderlich, als dass der Gegensatz zwischen dem Rat der VVN und der Redaktion der *VVN-Nachrichten* immer größer wurde.<sup>55</sup> Mit der Überführung der *VVN-Nachrichten* in eine Zeitung für die gesamte »deutsche Friedensfront« hatte die VVN kein eigenes Presseorgan mehr. Die Redaktion besaß für die Umbenennung und Neuausrichtung der Zeitung keinen Rückhalt in der Führungsebene der VVN. Auch einzelne Landesverbände zeigten sich von den Ereignissen überrumpelt und erhoben Protest gegen den »Raub« ihrer Zeitung.<sup>56</sup>

Der Streit um die *VVN-Nachrichten* war in der angespannten Situation von den Beteiligten nicht mehr zu lösen, als am 1. Januar 1950 die erste Ausgabe unter dem Titel *20. Jahrhundert* erschien. Kurz darauf erreichte der Konflikt am 4. Februar 1950 mit der Gründung des BVN mit Sitz in Bonn seinen Höhepunkt. Inspiriert und verwirklicht wurde die Gründung vor allem durch Lütsches und Müller. Neben diesen beiden Vertretern des bürgerlichen Lagers beteiligten sich aber auch Sozialdemokraten und ehemalige Kommunisten

52 Zit. nach Die Düsseldorfer Resolution, 8. Juni 1949, in: *VVN-Nachrichten*, 15. 6. 1949.

53 Vgl. Peter Lütsches, So geht es nicht mehr weiter, in: *VVN-Nachrichten*, 25. 5. 1949; Franz Heitges, Man kann ruhig darüber reden, in: *VVN-Nachrichten*, 15. 6. 1949; Peter Lütsches, Für eine Wiederbelebung der VVN. Führende Persönlichkeiten der Organisation fordern neue Wege, in: *VVN-Nachrichten*, 15. 6. 1949; siehe auch Spornol (2010), S. 57; Beaugrand (1997), S. 274 f.

54 Vgl. Weber, Hermann (2012): *Die DDR 1945-1990*, München, S. 29 f.

55 Vgl. Spornol (2010), S. 105 f.

56 Vgl. Schreiben von Hans Schwarz an das Zonensekretariat der Amerikanischen Zone, 16. 12. 1949, in: *VVN Bundesarchiv, VVN-Presse*, 067; Schreiben des Landesvorstandes der VVN Rheinland-Pfalz an die Redaktion der *VVN-Nachrichten*, 27. 12. 1949, in: *VVN Bundesarchiv, VVN-Presse*, 067.



*Abb. 1: Erste Mitarbeiterkonferenz des BVN im Plenarsaal des Landtages in Düsseldorf. Auf dem Foto das BVN-Präsidium (v. l. n. r. Peter Lütsches, Karl Ibach, Karl Siebertz und Wolfgang Müller am Rednerpult), 12. März 1950.*

wie Franz Glienke (1900-1979) und Karl Ibach (1915-1990).<sup>57</sup> Die Bedeutung der Gründung des BVN wurde durch die Darstellungen der VVN wiederholt entstellt.<sup>58</sup> Der neue Bund war nicht lediglich eine kleine und regional begrenzte Abspaltung wie etwa der LFR in Bayern. Seine Führung rief explizit zu Gründungen ähnlicher Verbände im gesamten Bundesgebiet auf und beanspruchte die Bundesleitung für nichtkommunistische Verfolgtenverbände. Auf verschiedenen Ebenen konstituierten sich neue Verbände, die sich ebenfalls den Namen BVN gaben oder sich wie der Verband für Freiheit und

<sup>57</sup> Karl Ibach wurde als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes der KPD im Frühjahr 1933 in das KZ Kemna in Wuppertal verschleppt. Nach seiner Entlassung Ende 1933 betätigte er sich im Widerstand gegen das NS-Regime und wurde wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat zu acht Jahren Zuchthausstrafe verurteilt. Nach mehreren Stationen in Zuchthäusern und Konzentrationslagern musste er ab 1943 in einer »Bewährungseinheit« an der Front dienen, wo er 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft kam. Mit seinen 1948 publizierten Erinnerungen über das KZ Kemna leistete er einen großen Beitrag zur juristischen Strafverfolgung der Täter, überwarf sich jedoch mit der KPD, die er im Oktober 1949 verließ. 1957 trat er in die SPD ein und besaß maßgeblichen Anteil bei Aufbau und Leitung des BVN und des ZDWV. Siehe Steinbach, Peter (1990): Karl Ibach. Zur Biographie eines Widerstandskämpfers, Passau.

<sup>58</sup> Vgl. Schneider (1997), S. 37; Oppenheimer, Max (1978): Antifaschismus. Tradition, Politik, Perspektive. Geschichte und Ziele der VVN-Bund der Antifaschisten, Frankfurt am Main, S. 15.

Menschenwürde (VFM) in Hessen und der LFR organisatorisch an den BVN in NRW angliederten. In der Öffentlichkeit wurde die Abspaltung von der als kommunistisch stigmatisierten VVN begrüßt. Durch den VFM und den LFR waren prominente Verfolgte wie Auerbach und Eugen Kogon außenwirksam mit dem BVN verbunden. Bundeskanzler Adenauer und Bundestagspräsident Erich Köhler verhalfen dem Bund durch ihre Begrüßung der Gründung zu einer positiven Wahrnehmung.<sup>59</sup>

Die Begründung von Lütsches, Müller, Ibach und den weiteren Initiatoren für die Gründung des BVN stand im engen Bezug zur Totalitarismustheorie, wonach der Einsatz gegen den Nationalsozialismus auch einen Einsatz gegen das kommunistische System notwendig mache. Aus politischen Gründen könnte man nicht mit Kommunisten zusammenarbeiten, die ein System zu rechtfertigen versuchten, welches dieselben Merkmale wie das »Dritte Reich« aufweisen würde.<sup>60</sup> Boris Spernol sieht im Handeln Lütsches' und einiger Verantwortlicher des BVN jedoch auch »klare ökonomische Interessen«.<sup>61</sup> Deutlich wurden diese im rasanten Umbau des BVN in eine aus Sicht der Bundesregierung förderungswürdige antikommunistische Organisation und mit der Öffnung der Mitgliedschaft für Flüchtlinge aus der DDR. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Juli 1952 wurde die Umgestaltung des BVN auf Bundesebene zum Bund für Freiheit und Recht (BFR) offiziell beschlossen.<sup>62</sup>

Trotz eines anfänglichen Konsenses für die Erweiterung zum BFR entstanden Konflikte in den Landesverbänden, die sich über einen langen Zeitraum hinzogen und schlussendlich zu einer vollkommenen Umgestaltung des Bundes führten. Ausgangspunkt waren zahlreiche Verstöße gegen das Vereinsrecht, die zu einer Annullierung aller Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz führten. Die Folgen waren nicht nur Abspaltungstendenzen, sondern auch die Unwirksamkeit der BFR-Gründung. Ende 1952 sah sich das Registergericht daher gezwungen, einen Notvorstand einzusetzen. Praktisch endete damit bereits die Tätigkeit des BVN auf Bundesebene.<sup>63</sup> Im Mai 1953 kam es zur letzten Delegiertenversammlung als Bundesvereinigung. Lütsches verlor alle Ämter und war nun lediglich Vorsitzender des BFR Bonn, der ohne die Landesverbände des BVN in die Bedeutungslosigkeit abrutschte.<sup>64</sup>

59 Vgl. Sympathieerklärungen zum BVN, in: Zeitung ohne Namen (7), 18. 2. 1950.

60 Siehe Wippermann, Wolfgang (1997): Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt; Ders. (2009): Dämonisierung durch Vergleich. DDR und Drittes Reich, Berlin; Rabinbach, Anson (2009): Begriffe aus dem Kalten Krieg. Totalitarismus, Antifaschismus, Genozid, Göttingen, S. 7-27.

61 Vgl. Spernol (2010), S. 105 f.

62 Siehe Landesdelegiertenkonferenz BVN-NRW, 22. 2. 1953, in: AGDW, ZDWV 174.

63 Siehe Ernst Lührse und Paul Mittag an den Landesverband Berlin der SPD, 15. 3. 1954, in: AGDW, ZDWV 107.

64 Siehe Werner A. Zehden an Max Kukil, 15. 6. 1953, in: AGDW, ZDWV 107.



*Abb. 2: Totenehrung der Landesverbände des ZDWV, Kranzniederlegung im Bonner Hofgarten, 20. Juli 1965.*

Nach dem Ende der Bundesorganisation blieb das Bewusstsein bei den BVN-Landesvereinigungen bestehen, dass ein Dachverband für die Durchsetzung der gemeinsamen Interessen erforderlich sei. Verschiedene Initiatoren versuchten, die Lücke mit neuen Konzepten zu schließen. Einer der ersten Versuche war das Gründungskomitee für einen Ring der demokratischen Verfolgten und Widerstandskämpfer (RDVW) Anfang 1954 aus der Feder des VFM.<sup>65</sup> Aus dieser Idee entwickelte sich schlussendlich der ZDWV mit Sitz in Bonn, der am 6. und 7. Februar 1954 auf einer Versammlung von Landesverbänden gegründet wurde. Daran beteiligt waren der BVN aus Hamburg, Niedersachsen, NRW, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein sowie der LFR,

65 Siehe BVN-Berlin an Gründungskomitee für Gründung des RDVW, 17. 2. 1954, in: AGDW, ZDWV 99.

der VFM und der BFR Berlin.<sup>66</sup> Die Versammlungsleitung übernahm Hans-Joachim Unger (1898-1979) vom BVN NRW und VFM Hessen, der in den nächsten Jahren maßgeblich für die Ausrichtung des ZDWV verantwortlich war.<sup>67</sup> Durch seine persönlichen Verbindungen zu Konrad Adenauer gelang es ihm, den Dachverband als Akteur der Erinnerungskultur zu etablieren und finanziell durch die Bundesregierung fördern zu lassen. Bereits seit den 1950er Jahren hatte der Berliner BVN bei den Gedenkfeiern im Bendlerblock und in Plötzensee zentrale Funktionen übernommen. Seit seiner Gründung richtete der ZDWV nun die großen Gedenkfeiern zum Jahrestag des 20. Juli im Bonner Hofgarten mit aus.<sup>68</sup> Die eigenen Mitteilungsblätter *Freiheit und Recht* und *Die Mahnung*, welche vom Bundespresseamt finanziert wurden, zeichneten sich durch positive Berichterstattung über die Bundesregierung aus.<sup>69</sup>

Die Anfang 1950 einsetzende Gründungswelle der neuen Verfolgtenorganisationen übte auch auf ehemalige sozialdemokratische Verfolgte eine Anziehungskraft aus. In nahezu allen Landes- und Ortsverbänden der neuen BVN-Organisationen waren Sozialdemokraten vertreten, die in Vorständen und Gremien mitunter eine große Aktivität entfalteten. Der Grund hierfür war die strukturelle Schwäche der AvS, die bereits zum Verbleib von Sozialdemokraten in der VVN geführt hatte. Die Leitung der AvS und der Parteivorstand der SPD standen dem BVN zunächst skeptisch, später ablehnend gegenüber.<sup>70</sup> Die Kritik konzentrierte sich seit der Gründung des BVN auf seine Abhängigkeit von der Adenauer-Regierung. Mit seiner veränderten Ausrichtung hin zu einer antikommunistischen Organisation wurde zudem Kritik aufgrund des vermeintlichen Verrats der originären Ziele von Verfolgtenorganisationen laut.<sup>71</sup> Ende 1952 sprach die AvS die Empfehlung zur Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in SPD und BFR/BVN einstimmig aus und ersuchte den Parteivorstand und den Parteiausschuss, die Unvereinbarkeit offiziell zu erklären.<sup>72</sup> Der Par-

66 1957 trat der Berliner BVN ebenfalls dem ZDWV bei.

67 Hans-Joachim Unger war bis 1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen und bekleidete nach Kriegsende das Amt eines Ministerialrates in Sachsen-Anhalt. 1949 flüchtete Unger in die Bundesrepublik und trat dem BVN in NRW bei. Von 1954 bis 1969 war er Vorsitzender des ZDWV, sowie von 1960 bis 1965 Präsident der Fédération internationale libre des Déportés et Internés de la Résistance (FILDIR). Der CDU gehörte er zwischen 1972 und 1978 an.

68 Karl Ibach an Bundeskanzler Helmut Kohl, 11. 4. 1983, in: AGDW, BVN 112.

69 Protokoll der Jahreshauptversammlung des Zeitungsvereins »Gemeinsamkeit«, 17. 4. 1961, in: AGDW, BVN 39.

70 Flugblatt »So wurde der BVN gegründet«, herausgegeben vom BVN, 20. 3. 1950, in: SAPMO, BY 6/ V 280/ 13.

71 Vgl. Meyer (2015), S. 184.

72 Siehe Beschlüsse des Vorstandes der SPD vom 20. Januar 1967, über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD mit der Zugehörigkeit zu bzw. Tätigkeit für andere Organisationen, in: AdsD, AvS Schriftwechsel VVN, 197; SPD lehnt BVN ab, in: Neuer Vorwärts, 25. 7. 1952.

teivorstand der SPD griff dieses Anliegen auf und am 9. Mai 1953 wurde der Unvereinbarkeitsbeschluss durch den Parteiausschuss einstimmig bestätigt.<sup>73</sup>

Mit den Gründungen der AvS 1948 und des BVN 1950 war die Teilung der Gesamtvertretung aller ehemals politischen Verfolgten in parteinahe Organisationen vollzogen. Während der AvS aufgrund ihrer Struktur nur SPD-Parteimitglieder angehörten und dementsprechend ausgerichtet war, befanden sich in der Basis der VVN und des BVN/ZDWV stets Mitglieder von verschiedenen Parteien. Durch Austritte sozialdemokratischer und bürgerlicher Führungspersönlichkeiten und finanzielle Unterstützungen der kommunistischen Führungsmittglieder konnte die KPD beziehungsweise die SED jedoch ihre Kontrolle über die VVN ausbauen. Insbesondere die finanzielle Abhängigkeit zur DDR führte immer stärker zu einer personellen und inhaltlichen Steuerung der VVN. Der BVN und seine Nachfolgeorganisation wiederum suchten bis zum Ende der 1960er Jahre die Nähe zu den christdemokratischen Bundesregierungen. Die Führungen der Organisationen setzten fortan im Sinne der ihnen nahestehenden Partei unterschiedliche Schwerpunkte in ihren Tätigkeiten. Aus Sicht vieler ihrer Mitglieder war vor allem der Einsatz für eine finanzielle Wiedergutmachung bedeutend. Ein Hauptbestandteil der Tätigkeit der Verbände bestand daher weiterhin aus der Beratung der Mitglieder in Sachen der finanziellen Entschädigung. Auf das am 30. Juni 1953 vom Bundestag verabschiedeten Bundesergänzungsgesetz, der gesetzlichen Regelung der Wiedergutmachung, konnten die Organisationen jedoch keinen Einfluss nehmen.<sup>74</sup> Auch an der späteren Novellierung des Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29. Juni 1956 waren die Organisationen nicht beteiligt. Die insbesondere mit der Novellierung verbundenen Hoffnungen konnten somit aus der Sicht vieler ehemaliger Verfolgter nicht erfüllt werden. Weiterhin waren nach dem BEG Personen von Entschädigungszahlungen ausgeschlossen, wenn gegen sie gerichtete Verfolgungsmaßnahmen nicht als spezifisch nationalsozialistisch anerkannt wurden – unter anderem Sinti und Roma, Zwangssterilisierte und Homosexuelle. Durch § 6, Absatz 2 des BEG konnten zudem verfolgte Kommunisten von der Wiedergutmachung ausgeschlossen werden.<sup>75</sup> Erst mit dem BEG-Schlussgesetz von 1965 wurden einige Verbesserungen im Gesetz aufgenommen, sowie Fristen verlängert und Ausnahmen für Härtefälle geregelt.<sup>76</sup>

73 Siehe Max Kukil an Kurt Conrad, 12. 5. 1956, in: AdsD, 01374 Schriftwechsel mit AvS Bezirken 1955-1957; August Holweg (SPD Ortsverein Hannover) an Arnold Seipel, 10. 5. 1955, in: AdsD, 02055 Allg. Korrespondenz A-Z (Max Kukil); vgl. Meyer (2009), S. 171.

74 Vgl. Bundeswiedergutmachungsgesetz. Vom Bundesrat endgültig verabschiedet, in: Die Gemeinschaft (4/5 u. 6), 1953; Bundesergänzungsgesetz vom 18. September 1953, in: BGBl. I (62), 21. 9. 1953, S. 1387-1408.

75 Vgl. Spornol (2010), S. 196-212 und 260 ff.; Bundesergänzungsgesetz vom 18. September 1953, in: BGBl. I, S. 1407.

76 Siehe Bundesentschädigungsgesetz (BEG) 1956, in: BGBl. I (31), 29. 6. 1956, S. 559-596; BEG-Schlussgesetz, in: BGBl. I (52), 14. 9. 1965, S. 1315-1340.

## Geschichtspolitische Aktivitäten: Die Kampagne gegen Oberländer

Bestand die Hauptforderung der Verbände Anfang der 1950er Jahre in einer finanziellen Wiedergutmachung, übernahmen sie darüber hinaus bereits zu diesem Zeitpunkt weitere Aufgaben, die größtenteils mit der Würdigung des Andenkens an Verfolgung und Widerstand verbunden waren. Ein zentrales Anliegen der AvS und des ZDWV war dabei, den Widerstandsgedanken gegen aktuelle totalitäre Bestrebungen aufrechtzuerhalten und zu vertiefen. Um neben der bloßen Ehrung des eigenen Vermächnisses auch eine Lehre für die Gegenwart ziehen zu können, begannen alle drei Verbände mit der Erforschung des Widerstandes.<sup>77</sup> Insbesondere die VVN engagierte sich mit Unterstützung aus der DDR in den 1950er Jahren bei der Verfolgung von NS-Tätern. Ihre seit den Abspaltungen voranschreitende Stigmatisierung als kommunistische Organisation half jedoch oftmals den Beschuldigten. Obgleich viele von der VVN vorgelegte Dokumente belegbar authentisch waren, besaßen die Anklagen der VVN das Stigma der kommunistischen Propaganda. Das Umfeld der Enthüllungen verhinderte so eine starke Wirkung.<sup>78</sup> Erst im Fall Theodor Oberländer gelang es der VVN, ein führendes Mitglied der Bundesregierung nachhaltig in Bedrängnis zu bringen. Gegen Oberländer, der CDU-Abgeordneter und von 1953 bis 1960 Bundesminister gewesen war, kam aufgrund seiner Vergangenheit bereits Mitte der 1950er Jahre erste Kritik auf. Eine Verbindung zwischen ihm und einem Kriegsverbrechen in Lemberg im Sommer 1941 kam jedoch erst durch die Übergabe von Unterlagen der VVN an die Zentrale Stelle in Ludwigsburg im Juli 1959 zustande.<sup>79</sup> Da die Zentrale Stelle nicht unmittelbar reagierte, plante die VVN-Zeitung *Die Tat* Ende September 1959 die Herausgabe eines eigenen Artikels zu den Vorwürfen.

77 Vgl. Bergem, Wolfgang (2003a): Barbarei als Sinnstiftung? Das NS-Regime in Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur der Bundesrepublik, in: Ders. (Hrsg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen, S. 81-104; Protokoll der Sitzung von Bezirksobleuten der AvS mit dem Parteivorstand der SPD, 1. 6. 1957, in: AdsD, 01374.

78 Vgl. Lemke, Michael (1993): Kampagnen gegen Bonn: Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960-1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (2), München, S. 153-174; Ders. (1995): Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968, in: Danyel, Jürgen (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin, S. 61-86; Bästlein, Klaus (2009): »Nazi Blutrichter als Stützen des Adenauer Regimes«. Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und Staatsanwälte, die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte »Selbstreinigung« 1957-1968, in: Bästlein, Klaus/Roskopf, Annette/Werkentin, Falco (Hrsg.): Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR, Bd. 12, Berlin, S. 53-93.

79 Siehe Kommuniké des Informationsdienstes der VVN, 14. 10. 1959, in: AdsD, 01263.

Vor der Veröffentlichung ließ Oberländer die Ausgabe jedoch ohne entsprechende Vollmacht beschlagnahmen. Der Inhalt des Artikels rechtfertigte die Maßnahme allerdings nicht. Es wurden lediglich allgemeine Aussagen über dessen Rolle in der Wehrmacht gemacht und der Verdacht seiner Beteiligung an den Morden in Lemberg erwähnt. Zehn Tage später konnte die VVN ihre Anschuldigungen gegen Oberländer auf einer Pressekonferenz präsentieren. Die Öffentlichkeit reagierte zum Teil geschockt.<sup>80</sup>

Das unverhältnismäßige Vorgehen gegen *Die Tat* schadete Oberländer mehr, als es ihm nützte. Der Minister, der sich zunächst als weiteres Opfer einer SED-Kampagne darstellte, provozierte damit den Verdacht eines Angriffs auf die Pressefreiheit.<sup>81</sup> Die Bundesregierung reagierte in der Folge mit zwei Maßnahmen. Einerseits wurde versucht, die VVN als Anklägerin zu diskreditieren. Andererseits sollte der Beschuldigte entlastet werden. Für Ersteres leitete die Bundesregierung zehn Tage nach der Pressekonferenz der VVN ein Verbotsverfahren gegen den Verband ein. Die Recherche nach belastendem Material gegen die VVN hatte zwar bereits wesentlich früher begonnen und ein Verbot wurde schon zuvor angestrebt, jedoch erscheint es, als ob die jüngsten Ereignisse ein schnelles Handeln notwendig gemacht hatten. Der Zeitpunkt des Verbotsverfahrens ermöglichte es jedoch der VVN, sich als politisches Opfer darzustellen und die Presse attestierte, dass die Wahl des Zeitpunkts mehr als unglücklich getroffen worden war.<sup>82</sup> Zur Entlastung Oberländers wollte man zudem einen Untersuchungsausschuss einrichten. Statt sich jedoch einem offiziellen Untersuchungsausschuss zu stellen, wendete sich Oberländer an die Union der Widerstandskämpfer für ein Vereinigtes Europa (URPE), die mit der Untersuchung beauftragt wurde.<sup>83</sup> Das Ziel sollte sein, dass die URPE, die den Anschein einer legitimen Vertretung ehemaliger NS-Verfolgter besaß, ein Urteil zugunsten Oberländers trafe. Tatsächlich handelte es sich bei der 1955 gegründeten URPE jedoch um keine Interessenvertretung von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Sie war eine Vereinigung, deren Ziel die Förderung des europäischen Gedankens und vor allem der Einsatz gegen jede Form des Totalitarismus war. Die URPE besaß eine strikt antikommunistische Ausrichtung und organisierte dementsprechend nur Mitglieder aus westlichen Staaten. Zudem ging sie mit der *Fédération européenne des Associations de*

80 Minister Oberländer unter schwerem Verdacht, in: *Die Tat* (39), 26. 9. 1959; Widerstandskämpfer klagen an, Denkschrift gegen Verbot der VVN, in: VVN Bundesarchiv, 025A; Fall Oberländer, in: *Rheinischer Merkur*, 28. 11. 1959; *Der Fall Oberländer*, in: *Frankfurter Rundschau*, 24. 10. 1959.

81 Bundesminister Oberländer – *Die Tat* – Bundesminister Schröder, in: *Die Gemeinschaft*, (9), November 1959; *Der »Fall Oberländer«*, in: *Die Zeit*, 9. 10. 1959.

82 Vgl. Wachs, Philipp-Christian (2000): *Der Fall Theodor Oberländer (1905-1998)*. Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt am Main, S. 225.

83 Bericht des VVN-Informationendienstes, 9. 11. 1959, in: AdSd, 01263; *Wahrheit über Lemberg*, in: *Der Spiegel*, 6. 1. 1960.

Combattants (FEDAC) eine problematische Zusammenarbeit ein, die ein Zusammenschluss von Traditions- und Soldatenverbänden war und wiederholt ehemalige Verfolgte diffamiert hatte. Die Führung der URPE besaß allerdings keine Mitgliederbasis, die sich daran gestört hätte.<sup>84</sup> Pieter Lagrou bezeichnet die URPE als »phantom organisation«, deren Bedeutung einzig und allein in der pro-europäischen und antikommunistischen Propaganda lag.<sup>85</sup> Die deutsche Sektion der URPE mit Sitz in München soll lediglich 13 Mitglieder gezählt haben.<sup>86</sup> Vorsitzender der URPE war der Belgier Hubert Halin, der, wie *Der Spiegel* bereits Anfang 1960 belegen konnte, sich für apologetische Artikel mit dem Nimbus der ehemaligen Verfolgten von der Bundesregierung bezahlen ließ.<sup>87</sup>

Weitere Enthüllungen führten zur Diskreditierung der Kommission.<sup>88</sup> Daran änderte auch der Versuch der URPE nichts, die Angriffe gegen die Kommission als kommunistische Diffamierungskampagnen darzustellen und die Kommission mit international renommierten Personen zu besetzen.<sup>89</sup> Das Hilfsangebot der Kommission beruhte dabei nicht allein auf dem antikommunistischen Eifer der URPE. Während der Rechercharbeiten zum Fall Oberländer wurde parallel ein weiteres Gremium, das sogenannte technische Komitee, einberufen. Dieses besaß keine Verbindung zum eigentlichen Fall und setzte sich für die Wiedergutmachungsforderungen ausländischer NS-Verfolgter ein. Obwohl Müller betonte, dass die URPE nichts mit Verhandlungen zur Wiedergutmachung zu tun hätte und nicht in direkter Verbindung zum technischen Komitee stünde, waren beide personell eng miteinander verwoben. Die Hilfe, die die ausländischen Widerstandskämpfer im Fall Oberländer leisteten, versuchten sie, in den Verhandlungen um die Wiedergutmachung zu nutzen.<sup>90</sup> Bundesminister Oberländer konnte sich indes trotz der Unterstützung nicht im Amt halten und trat, nachdem auch die SPD einen Untersuchungsausschuss forderte, im Mai 1960 zurück.<sup>91</sup>

84 Fall Oberländer, in: Frankfurter Rundschau, 5. 9. 1959.

85 Vgl. Lagrou, Pieter (2000): *The Legacy of Nazi Occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe*, Cambridge, S. 283.

86 Müller, der Retter, in: *Die Gemeinschaft* (5/6), Mai/Juni 1961.

87 Geld für gute Worte, in: *Der Spiegel*, 23. 3. 1960.

88 Vgl. Peinlich für Oberländer, in: *Augsburger Allgemeine*, 25. 6. 1960.

89 Die Heinzelmännchen des Ministers: Untersuchungskommission Lemberg 41 entlarvt sich, in: *VVN-Informationsdienst*, 18. 1. 1960; *Spornol* (2010), S. 277 ff.

90 Vertrauliches Rundschreiben »Sowjet-Kampagne gegen »Internationale Untersuchungskommission Lemberg 1941« und gegen die URPE« von Wolfgang Müller o. D., in: *AGDW, BVN* 39.

91 »Persilschein« für Oberländer gegen Wiedergutmachungsgelder! in: *Die Gemeinschaft* (2), Februar 1960; Bericht des *VVN-Informationsdienstes*, 22. 2. 1960; Bericht des *VVN-Informationsdienstes*, 22. 4. 1960; Bericht des *VVN-Informationsdienstes*, 8. 6. 1960; *Spornol* (2010), S. 269.

Bedeutung besaß der Fall Oberländer auch für den ZDWV. Innerhalb des Zentralverbandes hatte der Fall Ende 1959 unüberwindbare Gräben zwischen verschiedenen Gruppen aufgeworfen. Die Leitung des ZDWV, vertreten durch Unger und Ibach, unterließ es zunächst, Oberländer anzugreifen oder ihn in Schutz zu nehmen. Man überließ anderen das Feld. Auf der einen Seite stand Wolfgang Müller, der neben seiner Funktion als Vorstandsmitglied des ZDWV auch Vorsitzender der deutschen Sektion der URPE war und somit als Verteidiger von Oberländer auftrat. Auf der anderen Seite befand sich Alfred Dietrich, der Leiter des hessischen Landesverbands VFM. Er veröffentlichte im Mitteilungsblatt *Die Mahnung* einen Artikel gegen Oberländer, in dem er den Rücktritt des Bundesministers forderte.<sup>92</sup> Nach einer Distanzierung des ZDWV von dieser Forderung bemühte sich die Leitung weiterhin um Diskretion. Weitere Artikel der Landesverbände gegen den Minister wurden nicht mehr abgedruckt. Die Leitung des ZDWV wollte mit »diesen Dingen« nichts zu tun haben, »umso mehr, als man ja dann auch alle anderen Nazis in hohen Stellen einbeziehen müsste«.<sup>93</sup> Getroffen durch die fehlende Solidarität, kam es zur offenen Auseinandersetzung zwischen Dietrich und Unger. Vor allem warf der VFM dem Dachverband vor, sich zu wenig an tagesaktuellen Diskussionen zu beteiligen. Im Gegensatz zu anderen Verfolgtenverbänden würde sich der ZDWV auf »Feste, Kranzniederlegungen, große Ansprachen, Präsidentenehrungen und dergleichen« konzentrieren, statt sich um »praktische Einzelfragen, sachliche Kritik und positive Aufbauarbeit« zu kümmern.<sup>94</sup> Ebenso würden Versammlungsfristen nicht eingehalten und Bundeszuschüsse, deren genaue Ursprünge unbekannt blieben, »willkürlich« und »unkontrolliert« verwendet. Anfang 1961 hatte seit beinahe drei Jahren keine Mitgliederversammlung mehr stattgefunden, der Vorstand war seit November 1959 nicht neu gewählt worden, weswegen auch andere Landesverbände bereits Unmut am Führungsstil Ungers anmeldeten.<sup>95</sup> Die Einberufung des Oberländer-Untersuchungsausschusses der URPE, der bedeutete, »dass Naziverfolgte sich [...] vor einen Nazi stellen«, führte schließlich zum endgültigen Bruch zwischen dem VFM und dem Dachverband.<sup>96</sup> Im Januar 1963 gründete Dietrich gemeinsam mit Leonard Schwarz vom Verband demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter (VDWV) die Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände (UDWV) als direkte Konkurrenzorganisation zum ZDWV. Verantwortlich für die konfrontative Position des ZDWV war insbesondere Wolfgang Müller gewesen.

Müller hatte bereits in der Bundesphase des BVN zusammen mit Peter Lütsches einen strikten antikommunistischen Kurs verfolgt. Er beschränkte

92 Oberländer, in: *Die Mahnung*, 1. 12. 1959.

93 Zit. nach Martin Kruse an Franz Böhm, 16. 5. 1960, in: AGDW, BVN 3.

94 Michaelis an Zeitungsverein »Gemeinsamkeit«, 25. 11. 1960, in: AGDW, BVN 39.

95 Alfred Dietrich an Zeitungsverein »Gemeinsamkeit«, 1. 2. 1961, in: AGDW, BVN 39.

96 Nanu!, in: *Die Gemeinschaft* (11/12), November/Dezember 1961.

seine Arbeit nach dem Zusammenbruch des Verbands und der Gründung des ZDWV zunächst auf Vortragsreisen über die kommunistische Infiltration der Widerstandskämpfer- und Veteranenverbände.<sup>97</sup> Im Fall Oberländer baute Müller den Kontakt zur URPE auf. Der Kritik des VFM an Oberländer entgegnete er mit einem persönlichen Schreiben an Konrad Adenauer, in dem er dem Bundeskanzler versicherte, dass die URPE sich den Rücktrittsforderungen nicht angeschlossen habe. Gleichzeitig attackierte Müller den VFM, der »die kommunistische Weltpropaganda gegen Oberländer aufgegriffen« hätte.<sup>98</sup> Der VFM gab nach weiteren Konflikten im Fall Hans Globke, der als Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze in der Kritik stand, endgültig seinen Austritt aus dem ZDWV bekannt.<sup>99</sup> Zwar schied Müller, der sich mit seinem Vorstoß für Oberländer zu sehr isoliert hatte, im November 1960 aus dem ZDWV-Vorstand aus, die Kritik am Führungsstil von Unger blieb jedoch bestehen. Er betätigte sich nach erneuten Angriffen gegen den Chef des Bundeskanzleramtes Globke ähnlich wie Müller im Fall Oberländer als dessen Fürsprecher.<sup>100</sup>

Die Ursache für die Angriffe des Sozialdemokraten Dietrich gegen Oberländer und Globke sah man in der Leitung des ZDWV nicht in deren belasteter Vergangenheit, sondern als Versuch der »Sozialisten«, die Bundesregierung zu unterminieren. Dazu passte, dass auch die AvS sich für ein Ausscheiden Globkes aus der Regierung einsetzte.<sup>101</sup> Die Folge war eine engere Bindung Ungers an die Bundesregierung und eine weitere Vertiefung der Gräben zwischen den christdemokratischen und sozialdemokratischen Mitgliedern der Landesverbände. An der Verteidigung von Persönlichkeiten, die durch die SED beschuldigt wurden, änderte sich mit dem Austritt des VFM nichts. Nachdem im Fall Adolf Heusinger, einem ehemaligen General der Wehrmacht und erstem Generalinspekteur der Bundeswehr, erneut eine DDR-Kampagne gestartet worden war, bemerkte Unger in einem Schreiben an Adenauer: »Wir

97 Müller, der Retter, in: Die Gemeinschaft (5/6), Mai/Juni 1961; Bericht des VVN-Informationsdienstes, 9. II. 1959.

98 Zit. nach Nanu!, in: Die Gemeinschaft (11/12), November/Dezember 1961.

99 Protokoll der Sitzung des ZDWV in Siegburg vom 9. bis zum 11. September 1960, in: AGDW, ZDWV 105; Bericht der ZDWV Jahresversammlung in Bad Tönisstein vom 6. und 7. Mai 1961, in: AGDW, ZDWV 105. Siehe auch Schröder, Dominique (2015): Fälle Globke und Oberländer, in: Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (2015) (Hrsg.): Lexikon der »Vergangenheitsbewältigung« in Deutschland, 3. Aufl., Bielefeld, S. 107-108; Bästlein, Klaus (2018): Der Fall Globke. Propaganda und Justiz in Ost und West, Berlin.

100 Protokoll der Sitzung des BVN-Berlin, 18. 2. 1960, in: AGDW, ZDWV 31; Aussage von Eulenberg im Protokoll der Sitzung des ZDWV in Siegburg vom 9. bis zum 11. September 1960, in: AGDW, ZDWV 105.

101 Zum Streit um Globke, in: Die Gemeinschaft, (5/6), Mai/Juni 1960; BVN-NRW an Ministerialrat Wolfgang Glaesser, 17. 5. 1961, in: AGDW, ZDWV 8; Hermann M. Görgen an Alfred Dietrich, 28. 3. 1961, in: AGDW, BVN 39; VFM an Hans Globke, 18. 3. 1961, in: AGDW, ZDWV 150.

kennen diese Fälschungen aus unserem Kampf um Staatssekretär Hans Globke und halten es für notwendig, dass wir, die Verfolgten, in dieser Frage etwas unternehmen.«<sup>102</sup> Auch bei den Mitte der 1960er Jahre aufgekomenen Fragen bezüglich der Vergangenheit des zweiten Bundespräsidenten bezog Unger mit dem BVN NRW im Namen des gesamten ZDWW und gegen den Willen der übrigen Landesverbände Position für Heinrich Lübke.<sup>103</sup>

### Verbotsverfahren gegen die VVN bis Mitte der 1960er Jahre in der BRD

Als Unterstützerin derartiger SED-Kampagnen geriet die VVN in Gefahr, in der Bundesrepublik verboten zu werden. Bereits 1951 wurde nach der Beteiligung der VVN an der »Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für Friedensschluss« der Rat der VVN gemäß Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten.<sup>104</sup> Ebenfalls verboten wurden die Landesverbände in Rheinland-Pfalz und Hamburg. Versuche, die VVN in Niedersachsen und Bayern zu verbieten, scheiterten. Während die SED die VVN in der Bundesrepublik finanziell unterstützte und politisch beeinflusste, wuchs im Politbüro der SED die Unzufriedenheit über die Arbeit der Ost-VVN. Im Frühjahr 1953 entschied das Politbüro die Auflösung der Vereinigung, was einem Verbot gleichkam. An ihrer Stelle wurde das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer (KdAW) eingerichtet. Die Gründe hierfür lagen neben einer allgemeinen Kritik an der Führung der VVN vor allem am Widerstand der VVN gegen politische Entscheidungen der SED, den innerparteilichen Machtkämpfen zwischen den Gruppen der »Moskauer« und der ehemaligen KZ-Häftlinge sowie der antizionistischen und antisemitischen Entwicklung in der DDR. Im Oktober 1959 unternahm auch die Bundesregierung einen Versuch, die VVN auf Bundesebene aufzulösen. Innenminister Gerhard Schröder beantragte am 20. Oktober beim Bundesverwaltungsgericht die Feststellung, dass es sich bei der VVN einschließlich ihrer Teilorganisationen um eine sogenannte »Hilfs- oder Massenorganisation« handele, die von der KPD beziehungsweise der SED gesteuert werde, und daher nach §129 a StGB und Artikel 9 Abs. 2 GG zu verbieten sei.<sup>105</sup> Die Hauptargumente der Bundesregierung waren neben der kommunistischen Unterwanderung der VVN, dass es keine demokratische

102 Zit. nach Hans-Joachim Unger an Konrad Adenauer, II. I. 1962, in: AGDW, ZDWW 212.

103 Bericht der Tagung des Exekutiv-Komitees der FILDIRE in Straßburg vom 22. bis zum 24. März 1968, in: AGDW, BVN 29; BVN auf falschen Wegen, in: Die Stimme der P.R.V. (4), April 1968.

104 Vgl. Holler, Regina (1994): 20. Juli 1944, Vermächtnis oder Alibi? München, S. 145.

105 Abschrift des Antrages des Innenministers an das Bundesverwaltungsgericht vom 20. Oktober 1959, in: VVN Bundesarchiv, 030, Bl. 93.